

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Nach der Generalversammlung der UNO	1
D. MONIN — Zur Lage in der englischen Besatzungszone Deutschlands	3
W. AWARIN — Die politische Situation in China	8
Über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften (Unter- redung mit M. P. Tarassow, Sekretär des Zentralrats der Gewerk- schaften der Sowjetunion)	13
Internationale Umschau (Notizen)	17
N KRYMOWA — In Norwegen und Schweden (Reisenotizen)	22
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	26
Kritik und Bibliographie:	
K. SERIOSHIN — Die Wertschiffahrtsstraßen und die internationalen Beziehungen	28
Chronik der internationalen Ereignisse	32

2

9. Januar 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schrifiletter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Nach der Generalversammlung der UNO

DER VORABEND DES JAHRES 1947 war durch bedeutsame Errungenschaften auf dem Wege der Nachkriegsentwicklung der internationalen Zusammenarbeit gekennzeichnet. Der Rat der Außenminister der verbündeten Großmächte hat die Ausarbeitung der Friedensverträge mit den früheren Satelliten Hitlerdeutschlands erfolgreich beendet. Die erste Tagung der Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen schloß ihre Arbeiten mit einer Anzahl von Beschlüssen ab, unter denen die von allen Delegationen einmütig gebilligte Resolution über die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen, die der Generalversammlung auf Initiative der Sowjetunion zur Erörterung unterbreitet wurde, den wichtigsten Platz einnimmt.

Auf den internationalen Konferenzen des vergangenen Jahres ist die Sowjetunion stets und ständig als Initiator von Vorschlägen aufgetreten, die den Frieden festigen und die ehrliche internationale Zusammenarbeit weiterbringen sollten. Der folgerichtige Kampf der Sowjetvertreter für diese Ziele war von großer Tragweite für die positive, konstruktive Seite der Arbeit der Generalversammlung.

Bei einer Überschau der Ergebnisse des ersten Tätigkeitsjahres der UNO vermerkt die demokratische Weltöffentlichkeit, daß die geleistete Arbeit die internationale Atmosphäre in einem gewissen Maße aufgehellt hat. In der Tat, obgleich die Generalversammlung in einer Anzahl von Fragen nicht zu befriedigenden Beschlüssen gelangt ist, eröffnen sich dennoch dank den bereits erzielten Resultaten breitere Perspektiven für eine fruchtbare Entwicklung der internationalen Beziehungen, als dies noch kürzlich zu erwarten war. Die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres haben mit aller Überzeugungskraft gezeigt, daß eine fruchtbare internationale Zusammenarbeit unter bestimmten Voraussetzungen durchaus möglich ist. Freilich nur angesichts einer solchen Zusammenarbeit auch in Zukunft werden die von der ersten Tagung der Generalversammlung erzielten positiven Resultate nicht umsonst gewesen sein und ihre höchst wichtigen Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden können.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die UNO gleich in der ersten Etappe ihrer Tätigkeit auf nicht geringe Schwierigkeiten gestoßen ist. Die

reaktionären Kreise des englisch-amerikanischen Blocks haben alles Erdenkliche getan, um Mißtrauen zwischen den Völkern zu säen, die neue Sicherheitsorganisation auf den verhängnisvollen Weg des Völkerbunds zu drängen und sie zu einem Werkzeug ihrer egoistischen Zwecke zu machen. Während der ganzen Arbeitsperiode der ersten Tagung der Generalversammlung betrieb der reaktionäre Teil der englischen und der amerikanischen Presse eine wütende Kampagne, um die internationale Zusammenarbeit zu sprengen. Die Brandstifter eines neuen Krieges und ihre verschiedenartigen Agenten riefen offen zur Schaffung einer unserem Lande feindlichen „Einheitsfront“ der Westmächte auf zwecks Durchführung einer „starren Politik“ gegenüber der Sowjetunion. Zu Zwecken der Irreführung schlugen sie Lärm über einen angeblichen „Argwohn“ der Sowjetunion.

Aber die weitgehende Publizität, durch die die internationalen Beratungen der Nachkriegsperiode, insbesondere die erste Tagung der Generalversammlung, gekennzeichnet waren, ermöglichte es den Völkern der ganzen Welt, sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Die Weltöffentlichkeit konnte unmöglich übersehen, daß die Sowjetunion für einen gerechten, demokratischen Frieden kämpft, wenn sie die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit vertritt, die den Organen der internationalen Sicherheit eine erfolgreiche Tätigkeit gewährleisten.

Der Kampf für einen festgefügtten, demokratischen Frieden ist noch bei weitem nicht abgeschlossen. Gegenwärtig, nach der ersten Tagung der Generalversammlung, gewinnt die praktische Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse besondere Bedeutung — vor allem die Verwirklichung der Resolution über die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen, die zum ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung werden muß. Es wäre naiv, wollte man vor den hierbei bevorstehenden Schwierigkeiten die Augen verschließen. Sie machen sich schon jetzt sehr deutlich fühlbar.

Auch bei der Aufwerfung der Frage nach der praktischen Durchführung des Beschlusses über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen gehört die Initiative der Sowjetunion. Der

von dem Sowjetvertreter am 28. Dezember im Sicherheitsrat eingebrachte Antrag bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Erreichung der Ziele, die in der Resolution der Generalversammlung vorgesehen sind. Dieser Antrag stellt bekanntlich die Notwendigkeit fest, zur Ausarbeitung praktischer Maßnahmen zu schreiten, um den von der UNO gefaßten Beschluß zu verwirklichen. Der eingebrachte Resolutionsentwurf ist ein neuer Beweis für die hervorragende Rolle, die die Sowjetunion als Vorkämpferin des internationalen Friedens und der Völkersicherheit spielt.

Diese edelmütigen Ziele sind denjenigen fremd, die in ihrem Streben nach Weltherrschaft den Weg zur Durchsetzung ihrer finsternen Absichten in der Kultivierung des Mißtrauens und der Feindschaft zwischen den Völkern sehen. Eben durch die Quertreibereien der Agenten imperialistischer Expansion sind die schon jetzt unternommenen Versuche zu erklären, die Durchführung der von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse zu vereiteln. Gleichzeitig versuchen die reaktionären Kreise, die noch vor kurzem immer wieder von der „Unvermeidlichkeit eines Konflikts“ zwischen den Großmächten sprachen, nunmehr mit Hilfe plumper Manöver wieder auf die Beine zu kommen. Sie bemühen sich in jeder Weise, den Sinn des Kampfes zu vernebeln, der sich auf der Generalversammlung abgespielt hat, des Kampfes zwischen den Anhängern eines demokratischen Friedens und einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit einerseits und den Anhängern einer Politik der Gewalt und imperialistischer Expansion andererseits.

Das eine Mal machen sie durchsichtige Anspielungen und lassen verdächtige Andeutungen fallen, um ihr geheucheltes Erstaunen darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Organisation der Vereinten Nationen, nachdem sie sich zehn Monate in einer „Sackgasse“ befunden habe, es schließlich vermocht hat, freie Fahrt zu gewinnen. In anderen Fällen treten die Gegner der internationalen Zusammenarbeit offener auf. Sie sind bestrebt, die höchst wichtigen Beschlüsse der Generalversammlung herabzusetzen und sie als nicht obligatorische, unbedeutende Schriftsätze hinzustellen.

Schließlich gibt es noch eine Gruppe von Leuten, die mit den Ergebnissen der Tätigkeit der UNO unzufrieden sind. Wir meinen die offenen Anhänger der „Atomdiplomatie“, die hartnäckig danach trachten, die Organisation der internationalen Sicherheit in ein Werkzeug der imperialistischen Politik bestimmter Mächte zu verwandeln. In diesem Sinn äußert sich z. B. der amerikanische Generalmajor McAuliffe, der an der Erprobung der Atombomben beim Atoll Bikini

beteiligt war und der noch in diesen Tagen erklärt hat, die USA müßten den „Vorteil auf dem Gebiet der Atombomben und die Entwicklung neuer Waffenarten“ in ihren Händen behalten.

Tendenzen, die mit dem Streben nach Frieden und wahrer Sicherheit nichts gemein haben, machen sich auch bei der jetzt vor sich gehenden Arbeit der Organe bemerkbar, denen die Aufgabe obliegt, die Beschlüsse über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen zu realisieren. Insbesondere haben sie sich bei der Diskussion über die internationale Kontrollierung der Atomenergie kund getan, als die Vertreter der USA den Versuch unternahmen, diese Frage in durchaus künstlicher Weise abhängig zu machen von dem geltenden Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat.

Bekanntlich ist es auf der Generalversammlung zutage getreten, daß keine einzige Großmacht in Wirklichkeit an der Aufhebung des Prinzips der Einmütigkeit interessiert ist. Weshalb also ist die Frage des sogenannten „Vetorechts“ abermals ventiliert worden? Es sind interessante Mitteilungen in die Presse gelangt, die diese Inkonsistenz der Vertreter der USA in der UNO in bestimmter Weise beleuchten. Da stellt sich heraus, daß sehr einflußreiche amerikanische Kreise durchaus nicht zu einer Verwirklichung der internationalen Kontrolle über die Atomenergie hinneigen. Der englische „Manchester Guardian“, der in solchen Angelegenheiten gewöhnlich gut unterrichtet ist, hat offen zugegeben, es werde wohl schwer sein, „den amerikanischen Kongreß von der Richtigkeit des Baruchvorschlages zu überzeugen“. In diesem Zusammenhang verdient auch eine kürzlich von Reuter aus New York übermittelte Korrespondenz Beachtung, in der es heißt: „Einige Elemente in der Regierung der USA wollen nicht, daß der Baruchplan Erfolg hat, und schaffen absichtlich Bedingungen, die für Moskau zu starr sind.“ Also haben wir es mit einem neuen Versuch zu tun, die Verantwortung für die Sprengung der Beschlüsse der Generalversammlung der unschuldigen Seite zuzuwälzen. Man kann schwerlich daran zweifeln, daß dieser Versuch zum Scheitern verurteilt ist.

Die wichtigste Aufgabe aller wirklichen Anhänger des Friedens besteht gegenwärtig darin, alle Bestrebungen, die Verwirklichung der von der Generalversammlung gefaßten höchst wichtigen Beschlüsse zu bremsen, die Versuche, ihre Beschlüsse in einen Fetzen Papier zu verwandeln, einmütig zurückzuweisen. Das angebrochene Jahr 1947 muß zum Jahr des entscheidenden Kampfes für die Verwirklichung dieser Beschlüsse, für einen festgefügt demokratischen Frieden und für eine ehrliche internationale Zusammenarbeit werden.

Zur Lage in der englischen Besatzungszone Deutschlands

D. MONIN

DIE LAGE in der britischen Besatzungszone Deutschlands ist seit einigen Monaten Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Öffentlichkeit und Presse Englands. Ende vorigen Jahres mußte die Labourregierung im Unterhaus nicht wenig Vorwürfe wegen der Tätigkeit der englischen Besatzungsbehörden in Deutschland über sich ergehen lassen. Mit den Neuyorker Verhandlungen Bevin und Byrnes' über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der englischen und der amerikanischen Zone kam das „deutsche Problem“ in der gesamten Presse wieder einmal zur Sprache. Verschiedene Äußerungen wurden laut über den Londoner Besuch Schumachers, des „Führers“ der rechten deutschen Sozialdemokraten, und den pompösen Empfang, der ihm von den Labourministern bereitet wurde. Schließlich erörterte die Presse in den letzten Wochen die Deutschlandreise Hynds, des Ministers für Angelegenheiten der Besatzungspolitik.

Die Öffentlichkeit hat allen Grund, sich über die Lage in der englischen Zone ernstlich zu beunruhigen. Die Nachrichten von dort sind in der Tat alles andere als erfreulich. Trotz einer durchaus befriedigenden Ernte haben die englischen Behörden im Herbst die Lebensmittelrationen gekürzt. Die Krise in der Industrie, besonders in der Steinkohlegewinnung, hat sich verschärft. Laut Meldung des „Daily Herald“ wurden im Oktober 1946 um 150 000 Tonnen Kohle weniger gefördert als im September; für November und Dezember aber wurde eine weitere Senkung der Ausbeute um 200 000 Tonnen erwartet. Die Tagesförderung betrug im Ruhrgebiet im November nur 197 000 Tonnen (gegen 418 000 Tonnen vor dem Kriege).

Die Senkung der Kohlenförderung hat sich auf die gesamte Wirtschaft der englischen, und nicht nur der englischen Zone ausgewirkt. Dutzende von Betrieben in Westdeutschland mußten die Arbeit einschränken bzw. einstellen. Eine Massenarbeitslosigkeit droht. Die englische Militärregierung hat bekanntgegeben, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien, Holland und andere Länder, die die Ruhrkohle dringend benötigen, stark eingeschränkt werden und später fast völlig aufhören sollen. Dann folgte die Mitteilung, daß abgesehen von den „lebenswichtigen“ alle Be-

triebe der englischen Zone vom 21. Dezember 1946 bis zum 1. Januar 1947 stillgelegt werden.

Die krasse Verschlechterung der Wirtschaftslage, insbesondere aber der Ernährungsverhältnisse, hat unter den Arbeitern und Angestellten Erregung ausgelöst.

Nicht nur die Presse, sondern auch offizielle Stellen schildern die Lage in trüben Farben, die man zum Teil wohl absichtlich recht dick aufträgt, um durch die Klagelieder über die „katastrophale Lage“ in Westdeutschland die Öffentlichkeit auf Maßnahmen vorzubereiten, die sonst in progressiven Kreisen eine negative Reaktion auslösen könnten. Es steht jedoch zweifellos fest, daß in den Jahren der Besetzung die Militärregierung der englischen Zone — ein Heer von 24 000 englischen und 30 000 deutschen Beamten und Angestellten — nicht imstande gewesen ist, mit den elementaren Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus fertig zu werden.

Wie kommt das? Mangelt es der britischen Zone vielleicht an Mitteln, um die Folgen des Krieges und der Hitlerwirtschaft zu beheben? Durchaus nicht.

Die britische Zone umfaßt die industriell entwickeltesten Gebiete Deutschlands. In den Jahren vor dem Kriege betrug die durchschnittliche Monatsförderung der Steinkohlenindustrie im Ruhrgebiet an die elf Millionen Tonnen. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet erzeugte 69 Prozent des gesamten in Deutschland hergestellten Stahls, 70 Prozent des deutschen Roh Eisens und einen großen Teil aller deutschen Chemikalien. Vorliegenden Angaben zufolge hat die Industrie in der britischen Zone unter den Kriegshandlungen nur wenig gelitten. Unter entsprechenden Verhältnissen wäre sie also imstande, sowohl den Reparationsplan zu erfüllen als auch zur Deckung des Friedensbedarfs nicht nur Deutschlands, sondern auch der Nachbarländer überzugehen.

Die Landwirtschaft in der britischen Zone verfügt ebenfalls über nicht geringe Möglichkeiten. Ihr durchschnittlicher Jahresertrag in den Jahren 1939—1944 belief sich auf 2 346 000 Tonnen Getreide, 7 442 000 Tonnen Kartoffeln, 365 000 Tonnen Zucker und 6 386 000 Tonnen Milch. Bei einer Bevölkerung von 22 Millionen Menschen könnte dieser Ertrag ausreichen, um jedem

Bewohner der Zone täglich 2980 Kalorien zu gewährleisten.

Also ist die unerfreuliche Lage in der britischen Zone nicht auf den Mangel an Ressourcen und Möglichkeiten zurückzuführen. Der Hauptgrund liegt vielmehr in der verderblichen Politik der Besatzungsbehörden. Statt die Potsdamer Beschlüsse über die Demilitarisierung Deutschlands gewissenhaft zu erfüllen, um Bedingungen für eine Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit zu schaffen, werden Versuche unternommen, Deutschlands kriegswirtschaftliches Potential aufrechtzuerhalten. Der in Potsdam proklamierten Politik, die auf eine Demokratisierung Deutschlands abzielt, stellt man eine andere Politik gegenüber, die der deutschen Reaktion in allen Sphären der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens ihre Stellungen wahren soll. Schließlich tritt auch noch ganz unverkennbar das Bestreben zutage, die Wirtschaft der britischen Zone, an deren Wiederaufbau nicht nur Deutschland, sondern auch die Nachbarländer interessiert sind, den Interessen der englischen Monopole unterzuordnen.

Zahlreiche Tatsachen legen hierfür Zeugnis ab. Die englischen Besatzungsbehörden — wie übrigens auch die amerikanischen in ihrer Zone — unternehmen nichts Ernstliches, um das kriegswirtschaftliche Potential des Ruhrgebiets zu liquidieren und den Reparationsplan zu erfüllen.

Die Presse hat wiederholt gemeldet, daß im Rheinland Rüstungsbetriebe wiederaufgebaut, Textilbetriebe aber stillgelegt werden. Eine führende Monopolvereinigung der Schwerindustrie wie die Vereinigten Stahlwerke besteht faktisch auch heute noch. Ganz besonders liegt den englischen Behörden die chemische Industrie am Herzen, die in Deutschlands Kriegspotential einen so bedeutenden Posten ausmachte. Die I. G. Farbenindustrie ist tatsächlich unangetastet geblieben. Vor kurzem meldete der Londoner Rundfunk, daß die englischen Militärbehörden vorläufig weder eine völlige noch eine teilweise Abmontage der Chemiebetriebe beabsichtigen, da ihre Erzeugnisse von den Ländern Europas benötigt würden.

Die englische Militärregierung macht es sich in ihrer Wirtschaftspolitik zur Hauptaufgabe, die Kommandohöhen in der Wirtschaft des Ruhrgebiets an sich zu reißen und die Ruhrindustrie auf die Interessen der britischen Monopole zuzuschneiden. Man beeilt sich, dieses Ziel zu erreichen, solange noch englisches Militär im Ruhrgebiet stationiert ist.

In letzter Zeit treffen offizielle Vertreter verschiedener Konzerne in Westdeutschland ein, um „Handelsbeziehungen“ mit deutschen Firmen anzuknüpfen. Die englischen Geschäftsleute reisen aber nicht nur deutsche, sondern auch aus-

ländische Betriebe an sich. Van Kleffens, der Vertreter der Niederlande im Sicherheitsrat, beklagte sich hierüber in einer Rede, die er am 12. Dezember v. J. in Neuyork hielt und in der er sagte:

„Die Briten und Amerikaner hemmen den Handel zwischen Deutschland und den Niederlanden, sie gestatten niederländischen Fabrikbesitzern nicht, ihre Unternehmungen in Deutschland aufzusuchen, und verwehren es Niederländern, Rohmaterial oder wichtige Ausrüstungsgegenstände anzukaufen...“

Am 22. Dezember 1945 nahmen die britischen Behörden alle Einrichtungen und Aktiva der Kohlenbergwerke in ihren Besitz bzw. unter ihre Kontrolle. Im Sommer v. J. wurde eine gleichlautende Verfügung in bezug auf die Eisenerzeugung, die Stahlgießereien und die chemische Industrie erlassen. Dabei stellten die Besatzungsbehörden die deutschen Kartelle, Truste und Konzerne sowie deren Leiter in ihren Dienst. Zwar wurden einige bekannte Kohlenmagnaten ausgeschieden, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat — früher eins der bedeutendsten Zentren der deutschen Rüstungsindustrie — existiert jedoch bis auf den heutigen Tag und steht im Dienste der North German Coal Control. Die Direktoren des Syndikats werden von der englischen Verwaltung als „Berater“ herangezogen, in der Verwaltung der einzelnen Gruben sowie in allen Wirtschaftsbehörden sind die früheren Herren am Ruder.

Anscheinend hatte man anfangs in London angenommen, man könne die Ruhrindustrie durch Geschäftsabschlüsse einzelner Firmen mit deutschen Unternehmern in die Hand bekommen. Damit erklärt sich wohl auch, warum so viele englische Geschäftsleute nach Deutschland kamen. Das war jedoch ein zweischneidiges Schwert. Die unsauberen Geschäfte, die im Ruhrgebiet getätigt wurden, gaben zu kritischen Äußerungen in verschiedenen Schichten der englischen Öffentlichkeit Anlaß. Sie kamen sogar im Unterhaus zur Sprache.

Darauf rückte man mit der Idee heraus, man beabsichtige eine „Verstaatlichung“ der Industrie in der britischen Zone. Man dachte natürlich an eine „Verstaatlichung“ eigener Art, die dazu dienen sollte, den prosaischen Bestrebungen der Londoner Geschäftemacher einen etwas passablen Anstrich zu geben.

Die bevorstehende „Verstaatlichung“ wurde offiziell angekündigt. Nach Bevins Oktoberrede im Unterhaus begann die Labourpresse, vom „Sozialismus“ in Westdeutschland zu sprechen. Anfang Dezember reiste Minister Hynd in einer Sondermission nach Deutschland, offiziell zu dem Zweck, um weitere Schritte zur „Nationalisierung der Industrie“ in der britischen Zone einzuleiten. Nach viertägigem Aufenthalt Hynds in Deutschland gab das Ministerium für Angelegenheiten der

Besatzungspolitik jedoch die vielsagende Erklärung ab, die Durchführung der „Verstaatlichung“ sei erst nach den in der englischen Zone bevorstehenden Wahlen möglich, da man „einen sichtbaren Beweis dafür“ brauche, daß das „deutsche Volk selbst die Nationalisierung“ wünsche.

Wozu hatte man plötzlich „sichtbare Beweise“ nötig? Das Geheimnis ist ziemlich einfach zu ergründen: da das Abkommen über die Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone jetzt abgeschlossen ist, kann die englische Militärregierung in ihrer Zone nicht mehr ganz nach eigenem Gutdünken handeln. Die interessierten amerikanischen Kreise denken gar nicht daran zuzulassen, daß die englischen Monopole die ganzen Reichtümer des Ruhrgebiets unter der Flagge der „Verstaatlichung“ in ihre Tasche stecken.

USA-Staatssekretär Byrnes gab, während Hynd in Deutschland war, eine Erklärung ab, wonach die Amerikaner ohne „sichtbare Beweise“ für die Wünsche des „deutschen Volkes selbst“ auf keinen Fall mit irgendwelchen „Nationalisierungsprojekten“ einverstanden sein würden. Sieht man von den pseudodemokratischen Phrasen ab, so bedeutet Byrnes' Erklärung im Grunde nichts anderes, als daß die englischen Versuche, unter dem Deckmantel der „Verstaatlichung“ die westdeutsche Industrie zu monopolisieren, auf ernstlichen Widerstand gestoßen sind. Das „deutsche Volk“ wird nämlich jetzt seine „Wünsche“ durch den Mund des kürzlich gebildeten Zweizonenrats für Wirtschaft kund tun. Dieser Rat besteht aus einem Vorsitzenden, einem Vizevorsitzenden und den 6 Ministerpräsidenten der die beiden Zonen bildenden Länder. Die Mehrheit des Rats, auch sein Vorsitzender Rudolf Müller, ist gegen die von England geplante „Verstaatlichung“.

In diesem Lichte tritt der wahre Sinn der Erklärung Byrnes' klar hervor. Als neue „Teilhabe“ in der Wirtschaftsleitung der englischen Zone zeigen die amerikanischen Finanzkreise nicht die geringste Lust, die Durchführung der von England geplanten Veränderungen in der Industrie des Ruhrgebiets zu dulden.

Bei der heutigen Politik Englands (und übrigens auch Amerikas) kann gar nicht davon die Rede sein, daß die Macht der deutschen Konzerne liquidiert und das Wirtschaftsleben Westdeutschlands demokratisiert wird. Die ökonomischen Schlüsselpositionen befinden sich nach wie vor in Händen des Auslandskapitals, das sich auf deutsche Finanz- und Industriekreise, auf die deutsche Reaktion stützt. Die alten deutschen Truste und Konzerne fungieren als Kontrahenten der angelsächsischen Monopole. Unter schweigender Duldung der britischen Militärregierung sabotieren die deutschen Industriellen ganz organisiert die Demilitarisierung der Wirtschaft sowie ihre Umstel-

lung auf Friedensverhältnisse. Die deutschen Kapitalisten verlassen sich darauf, daß die Zeit Gras über die alten Geschichten wachsen lassen wird, und ziehen es vor, statt die Friedensindustrie wiederaufzubauen, lieber die Produktion zeitweilig lahmzulegen. Pressemeldungen zufolge tritt die gegen den friedlichen Aufbau gerichtete Sabotage überall zutage, ganz besonders aber in der Kohlenindustrie und in der Stahlerzeugung. In den Stahlgießereien z. B. geht die Produktion von Monat zu Monat immer mehr zurück, sie betrug im September v. J. 241 000 Tonnen, im Oktober 213 000 Tonnen, im November 210 000 Tonnen.

Die Reaktion macht sich die Abneigung der englischen Militärregierung gegen die Bodenreform mit Freuden zunutze. Durch das Fortbestehen der Großgüter aber wird die Ernährungskrise immer schlimmer. Die Großgüter, auf denen die größten Lebensmittelvorräte konzentriert sind, hintertreiben die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und die Weiterleitung ihrer Erzeugnisse an die Bevölkerung. Der größte Teil der Lebensmittel gelangt dabei auf Umwegen in den Schleichhandel.

Die von den englischen Behörden geschaffenen Ernährungsämter helfen eifrig mit, die Belieferung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten zu sabotieren. Tatsächlich ist das derselbe Apparat, der auch unter dem Hitlerregime bestanden hat. Die englische Zeitung „Reynold's News“ schrieb am 10. November v. J.:

„... Die Landwirtschaftsverwaltung in Deutschland, die sich noch immer an die von den Nazis festgelegte Linie hält, ist zu säubern; ein Bodenreformprogramm muß sofort ausgearbeitet werden.“

Auch die Methoden, mit denen die britische Verwaltung die „Denazifizierung“ betreibt, sind nur Wasser auf die Mühle der deutschen Reaktion. In der englischen Zone bestehen über 200 Denazifizierungsausschüsse sowie rund 50 Untersuchungsinstanzen. Während der ganzen Besetzungszeit (bis Oktober 1946) wurden jedoch nur 177 229 Personen, in der Hauptsache kleine Beamte und Angestellte, entlassen.

Kein Wunder also, wenn die faschistischen Elemente in der englischen Zone sich eines außerordentlich starken Einflusses erfreuen und in alle Poren des Staatswesens und des Wirtschaftsapparats eingedrungen sind.

Der Hamburger Zentrale Denazifizierungsausschuß hat kürzlich den AEG-Generaldirektor Bücher, der früher Vorsitzender des Hitlerschen Rüstungsrats war, rehabilitiert. In Neumünster hat ein ehemaliger Regimentskommandeur des Hitlerheers, Geißler, darüber zu entscheiden, wem Treuhänderschaften über denazifizierte Betriebe

übertragen werden. Er hat, wie das „Neue Deutschland“ am 13. Dezember v. J. mitteilt, seinem „Kollegen“, dem ehemaligen General Weßling, gleich 8 Treuhänderscheine besorgt. Interessant ist, daß sogar Schumacher, von dem man wirklich nicht behaupten kann, daß er der englischen Militärregierung gegenüber illoyal sei, in London erklärt hat: „Männer ... mit dem Nazi-parteiheft in der Tasche ... finden, wenn sie in der amerikanischen Zone entlassen werden, oft noch Beschäftigung in der Polizei oder im Verkehrswesen der britischen Zone.“

Hinzu kommt, daß auch jetzt noch in der englischen Zone als Bauarbeiterbataillone etc. getarnte deutsche Truppenverbände bestehen. Weiter gibt es hier eine sogenannte „Königliche Armee Jugoslawiens“, die aus jugoslawischen faschistischen Emigranten besteht. Wie alle diese Tatsachen zeigen, sind einflußreiche Kreise in London nicht nur daran interessiert, daß die deutsche Reaktion ihre wirtschaftliche Basis behauptet, sondern sie interessieren sich auch für das Menschenmaterial, das bereit ist, sich der internationalen Reaktion als Landsknechte zu verdingen.

Gleichzeitig mit den Praktiken der englischen Besatzungsbehörden, die eine offenkundige Verletzung der wichtigsten Prinzipien der von den verbündeten Großmächten gefaßten Potsdamer Beschlüsse darstellen, führen einflußreiche Organe der englischen Presse eine ununterbrochene Kampagne gegen diese Beschlüsse.

An dieser Kampagne beteiligen sich Vertreter verschiedener Richtungen. Der nicht gerade unbekannte Lord Beveridge fordert, man solle die Abmontierung von Betrieben und die wirtschaftliche Abrüstung Deutschlands gänzlich an den Nagel hängen. Als er im Juni v. J. von einer Deutschlandreise zurückkehrte, erklärte er: „Die gesamte Politik, die eine Zerstörung von Gebäuden und Maschinen bezweckt, da sie Kriegspotential darstellen, bedarf einer Revision.“ Die „Times“ unternimmt einen Feldzug gegen die Reparationspolitik. Am 18. Oktober v. J. schrieb sie: „Die bisherige Reparationspolitik war von Grund aus falsch.“ Eine Reihe von Zeitungen setzen sich für die unverzügliche Aufhebung der Normen ein, die vom Kontrollrat der Verbündeten für die Fortentwicklung der wichtigsten Industriezweige aufgestellt wurden.

Nebenbei gesagt sind die hinausposaunten Behauptungen, die Beschlüsse des Kontrollrats seien einem Wiederaufbau der Friedenswirtschaft Westdeutschlands hinderlich, völlig unbegründet. Bekanntlich haben ja die wichtigsten Industriezweige des Ruhrgebiets nur 25 bzw. 30 Prozent der vom Kontrollrat vereinbarten Produktionsnormen erreicht. Was aber die Reparatio-

nen betrifft, so ist allgemein bekannt, daß der Reparationsplan hinsichtlich der Lieferung von Industrieausrüstungen aus der englischen Zone an die Sowjetunion und andere durch die Hitleraggression in Mitleidenschaft gezogene Länder fast überhaupt nicht erfüllt wird. Die verbündeten Kontinentalländer Westeuropas haben zur Deckung ihrer Reparationsansprüche noch nicht einmal eine einzige Tonne Kohle erhalten. Die lächerlich geringen Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und andere Länder wurden von diesen bisher entweder mit Devisen oder durch Lieferung eigener Waren beglichen. Dieser Umstand ruft in den betreffenden Ländern große Unzufriedenheit hervor.

Kennzeichnend ist, daß die Labourpresse offen die Aufhebung der Potsdamer Beschlüsse fordert. So schrieb der „Daily Herald“ am 9. Dezember v. J., einer der Hauptgründe für die gegenwärtigen Schwierigkeiten sei der, daß das Potsdamer System, so bewundernswert seine Absichten auch sein mögen, sich doch als unreal erwiesen habe. Und weiter heißt es:

„... Es hat sich wieder und immer wieder gezeigt, daß es unmöglich ist, einmütige politische Beschlüsse von vier Mächten zu erreichen, die verschiedenen Ideologien huldigen und verschiedene Regierungstraditionen besitzen.“

Die Praxis aber lehrt, daß bei gutem Willen einmütige Beschlüsse in den wichtigsten weltpolitischen Fragen durchaus möglich sind. Erst kürzlich hat die Arbeit des Außenministerrats dies bewiesen. Daß der „Daily Herald“ einmütige Beschlüsse nicht wünscht, ist natürlich eine andere Sache. Das Potsdamer „System“ paßt ihm nicht, er zieht separate Maßnahmen und Abkommen mit Leuten vor, die seinen Standpunkt teilen.

In erster Linie sind dies offenbar Kreise der deutschen Monopolorganisationen und ihre Günstlinge in den Verwaltungsbehörden der englischen Zone. Die Pläne dieser Kreise kommen in dem Programm zum Ausdruck, das Rudolf Müller, der Vorsitzende des Mindener Zweizonenrats für Wirtschaft, für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft ausgearbeitet hat. Dieses Programm sieht vor: keine weitere Abmontierung von Fabriken, Aufhebung des Herstellungsverbots für Aluminium sowie gesteigerte Erzeugung von Werkbänken, Maschinen und Chemikalien, ungeachtet der vom Kontrollrat aufgestellten Normen; Auslandskredite und Stabilisierung der Mark; bedeutende Erweiterung der Ausfuhr sowie Einstellung der Kohlenausfuhr; Revision des Steuersystems, Maßnahmen zur „Regulierung“ der Preise und Löhne.

Was dieser Plan eigentlich bezweckt, braucht nicht erst erklärt zu werden. Von einer Demili-

tarisierung Deutschlands auf lange Sicht will man ganz Abstand nehmen, ebenso von einer Kontrolle der vier verbündeten Mächte über die Richtung, die Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung nehmen soll. Man plant eine Wiederherstellung der Rüstungsindustrie der Westgebiete und will dafür englische und amerikanische Kredite in Anspruch nehmen.

Das Interessanteste an diesem Dokument ist aber, daß seine Verfasser das Problem der Einheit Deutschlands ganz außer acht lassen und sich nur auf die Westzonen einstellen. Der Müllerplan vertuscht das ein wenig. Dafür hat aber ein anderer Anhänger seines Plans, der frühere Oberpräsident der Nord-Rhein-Provinz, Robert Lehr, schon früher die geheimsten Gedanken der deutschen Industriemagnaten ausgeplaudert. In einer Unterredung mit dem Berichterstatte des „Chicago Sun“ hat sich Lehr für eine Lossagung von der Potsdamer Deklaration und für den Aufbau Westdeutschlands „als eines Sanitätskordons gegen die Sowjetunion“ ausgesprochen.

Solche Tendenzen werden zweifellos durch die einseitigen Maßnahmen Londons und Washingtons gefördert, die eine offene Verletzung der Potsdamer Beschlüsse darstellen.

Bekanntlich sieht das englisch-amerikanische Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung beider Zonen die gemeinsame Verwaltung der Wirtschaft sowie die Schaffung einer Export- und Importagentur zur Förderung des Exports aus beiden Zonen in andere Länder vor. Die USA übernehmen die Belieferung beider Zonen mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die Finanzierung des Ausbaus der wichtigsten Industriezweige. Die damit verbundenen Ausgaben sollen in den nächsten drei Jahren von beiden Ländern getragen werden, die je 500 Millionen Dollar dafür auskehren.

Wir wollen das Abkommen hier keiner weiteren Analyse unterziehen, doch ist unschwer festzustellen, daß es im Grunde genommen auf eine wirtschaftliche Spaltung Deutschlands hinausläuft. Es ist ja kein Zufall, daß Probleme wie der Handelsverkehr mit den anderen Zonen und die Reparationen in dem Abkommen übergangen sind. Das Abkommen verstößt offen gegen die allgemeinen wirtschaftspolitischen Prinzipien der

Verbündeten, die in den Potsdamer Beschlüssen niedergelegt wurden.

Daß man mit der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Zonen Ziele verfolgt, die den Bestrebungen nach ökonomischer und politischer Einheit Deutschlands zuwiderlaufen, ergibt sich auch aus Äußerungen der englischen Presse. Die Blätter verschiedener Richtungen vergießen Krokodilstränen darüber, daß der englische Steuerzahler den westdeutschen Lebensmittelimport und die Rohstofflieferungen an Westdeutschland zu bezahlen haben wird. Immerhin ist sowohl die Labourpresse als auch die konservative Presse völlig damit einverstanden, daß man auf die Schaffung eines „starken“ Westdeutschlands Kurs nimmt.

Der „Economist“ bekennt am offensten Farbe. Er behauptet, der einzige Ausweg aus den Schwierigkeiten der englischen Zone sei die Bildung einer „Assoziation der Weststaaten“ einschließlich der deutschen Westzonen. In demselben Sinne äußert sich auch „Daily Mail“, die zugibt, daß das Abkommen die Kluft zwischen dem Osten und dem Westen vertieft, „da die Fusion eben dies und nichts anderes bedeutet“.

Der Geist Churchills spricht aus diesen Äußerungen wie übrigens aus allen Maßnahmen, die die Einheit Deutschlands und eine koordinierte Politik der verbündeten Großmächte untergraben sollen.

* * *

Die Tatsachen lassen also erkennen, daß die Lage in der englischen Zone sich von Monat zu Monat verschlechtert. Eine Überwindung der wachsenden Schwierigkeiten ist nicht möglich, wenn Deutschland wirtschaftlich und politisch gespalten wird, worauf die jüngsten Maßnahmen der englischen und amerikanischen Behörden im Grunde genommen hinarbeiten. Sie können nur dann überwunden werden, wenn man konsequent auf eine ökonomische und politische Vereinigung Deutschlands Kurs nimmt. Die wichtigste Voraussetzung für eine solche Vereinigung ist aber die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands.

Die Völker Europas, die eine neue Aggression von seiten Deutschlands abzuwenden trachten, sind an einer solchen Lösung der Frage ganz besonders interessiert.

Die politische Situation in China

W. AWARIN

DAS LOS DES CHINESISCHEN VOLKES ist wahrhaft tragisch. 1936, also vor zehn Jahren, bildeten Hunderte deutscher militärischer Berater und Instrukteure die Kuomintangarmee aus und befehligten ihre Feldzüge gegen die von der Kommunistischen Partei Chinas geführten freihheitlichen Volkskräfte. 1946 dagegen bilden nicht Hunderte, sondern Tausende amerikanischer politischer, wirtschaftlicher, polizeilicher und militärischer Berater und Instrukteure die Kuomintangarmee aus und leiten die Offensive dieser Armee gegen das demokratische Volksheer. Und dies geschieht nach einem achtjährigen heroischen Kampf der Volksmassen Chinas gegen den japanischen Militarismus, den Todfeind der Vereinigten Staaten.

Am 1. Juli 1944, also erst vor zweieinhalb Jahren, schrieb die „New York Times“, die „kommunistischen Armeen“ Chinas seien sehr wertvolle Verbündete im Krieg gegen Japan. General Stilwell, Botschafter Gauss und viele andere offizielle Vertreter der USA in China schätzten die Volksarmeen Chinas ebenso ein. Damals fällte fast die gesamte amerikanische Presse in zahlreichen Artikeln ein sehr absprechendes Urteil über das Kuomintangregime. Die Zeitungen schlugen Alarm, weil die Kuomintangbehörden die amerikanischen Waffen für den Bürgerkrieg aufspeicherten, anstatt sie im Krieg gegen Japan einzusetzen. Am 1. November 1944 schrieb die „New York Times“, die reaktionären Kreise von Tschungking hätten sich erst dann einverstanden erklärt, im Krieg gegen Japan mit den Vereinigten Staaten enger zusammenzuarbeiten, als Amerika drohte, die Hilfeleistung einzustellen.

Jetzt erfreut sich der reaktionäre Flügel der Kuomintang im Kampfe gegen die Volksarmeen der ungeteilten Unterstützung und allseitigen Hilfe Amerikas. Was hingegen die Volksarmeen und die demokratischen Kreise Chinas anbelangt, die die ganze Last des Kampfes gegen die japanischen Aggressoren getragen haben, so erklären ihnen gewisse amerikanische Zeitungen zynisch: „Die chinesischen Demokraten haben ihre Schuldigkeit getan — die chinesischen Demokraten können gehen!“ Das ist Amerikas Dank! rufen die Vertreter der chinesischen Intelligenz, die seinerzeit alle Hoffnungen auf die große transpazifische Republik gesetzt haben, auf zahlreichen Meetings voller Bitterkeit aus.

Die rechten Kuomintangkreise haben im Sommer 1946 alle Abkommen mit den demokratischen Parteien, alle Verpflichtungen und feierlichen Schwüre gebrochen und über zwei Millionen Soldaten der regulären Armee und fast zwei Millionen Soldaten von „Sicherheitskorps, Polizeiformationen und Truppen ehemaliger japanischer Puppenregierungen gegen die demokratischen Kräfte ins Feld geführt. Die von den Amerikanern bewaffneten und ausgebildeten, bekleideten und beschuhten Kuomintangarmeen wurden entgegen dem Waffenstillstandsabkommen allerwärts gegen die befreiten Gebiete, die in Händen der Demokraten sind, in Bewegung gesetzt. Innerhalb vier Monaten, vom Juli bis Oktober v. J., besetzten sie 120 Kreiszentren und andere Städte, darunter solch wichtige Zentren wie Kalgan, Antung, Tschengte, Tschifin und einige andere. Dutzende friedlicher Städte wurden aus der Luft bombardiert, viele Dörfer zerstört, Heimstätten und Fluren verwüstet.

Wie der amerikanische Journalist Rosinger im Sommer v. J. aus Schanghai meldete, brüsteten sich die Kuomintanggenerale, daß ihre Armeen mit Hilfe der amerikanischen Waffen das Volksheer innerhalb sechs Monaten schlagen und vernichten würden.

Die sechs Monate sind vergangen. Aber die Volksarmeen sind keineswegs geschlagen, sie sind stärker denn je. Das Ansehen der Kommunistischen Partei Chinas ist gewaltig gestiegen. Gegen die Streitkräfte der Militaristen stehen die zahlenmäßig stark angewachsene Achte und Vierte Revolutionäre Volksarmee, die Vereinten Demokratischen Armeen und die Partisanen im Felde, in mehreren Provinzen auch aufständische Bauern. Die Gesamtstärke dieser vom Volk hingebungsvoll unterstützten Streitkräfte erreicht an die drei Millionen Mann. Nach Angaben von Vertretern des Oberkommandos der Volksarmeen haben die regulären Kuomintangarmeen in den fünf Monaten der Kuomintangoffensive (vom Juli bis November) 350 000 Mann an Gefangenen, Toten, Verwundeten und Überläufern verloren.

Die chinesischen Demokraten gaben selbst im Herbst 1946 die Hoffnung nicht auf, den inneren Konflikt durch politische Mittel, nämlich durch den Abschluß eines Abkommens, beilegen zu können. Das war wohl der Grund, warum sich die Führung der Volksarmeen groß angelegter Gegenoffensiven enthielt und sich auf aktive

Verteidigung beschränkte. Die Lage änderte sich, als die nur von einer Partei, der Kuomintang, beschickte „Nationalversammlung“ einberufen und am 15. November eröffnet wurde. Wie die demokratische Presse schreibt, hat dieser Schritt das chinesische Volk endgültig davon überzeugt, daß in der Kuomintang die reaktionären Elemente die Oberhand gewonnen haben, auf deren Fahnen „Krieg dem Volke“ steht. Die Volksarmeen besetzten bereits im November fast ebenso viele Städte (15) wie umgekehrt die Kuomintangarmeen (17). Sie eroberten in West-Schansi, im Peipinger Bezirk und an anderen Orten ausgedehnte Gebiete zurück. In Nord-Kiangsu errangen Truppenteile der Vierten Armee in der zweiten Dezemberhälfte v. J. einen großen Sieg.

Was ist eigentlich die „Nationalversammlung“, deren Einberufung den Bemühungen der chinesischen Demokraten, auf politischem Wege die nationale Einheit zu erreichen, einen so schweren Schiag versetzt hat? Auf welcher Basis beruht sie? Was sind ihre Aufgaben?

Die demokratische Öffentlichkeit bezeichnet diese Versammlung als antinational und weist darauf hin, daß ihre Mitglieder nicht vom Volke gewählt, sondern von der Kuomintang ernannt sind. Zudem ist ein großer Teil von ihnen schon vor neun bis zehn Jahren auf dem Wege der Ernennung aus den Reihen der extremsten Reaktionäre auserkoren worden. Die regierende Oberschicht hat sich die Aufgabe gestellt, mittels dieser Versammlung ihre Herrschaft im Lande zu sichern.

Das seinerzeit von der Kuomintang erlassene „Gesetz über die Organisation der Nationalversammlung“ dekretiert in Paragraph 3: „Die Mitglieder und Anwärter des Zentralen Vollzugausschusses und der Zentralen Kontrollkommission der Kuomintang gelten automatisch als Mitglieder der Nationalversammlung.“ Solcher Mitglieder und Anwärter gibt es etwa 300. Abschnitt 4 des „Gesetzes über die Wahlen der Delegierten zur Nationalversammlung“ bestimmt überdies, daß 240 Delegierte von der Kuomintangregierung ernannt werden.

Außerdem ist in anderen Abschnitten dieses Gesetzes festgelegt, daß 380 Mitglieder der Nationalversammlung von Berufsverbänden — Gilde, Gewerkschaften usw. — „gewählt“, 655 Mitglieder in Kreisen und Städten „gewählt“ und 165 Mitglieder „auf besondere Anweisung“ „gewählt“ werden.

Wie gehen diese „Wahlen“ vor sich? Das Gesetz schreibt vor, daß die Verbandsleiter, Kreis- chefs, Dorfvorsteher und sonstigen Kuomintangbehörden und -beamten Kandidaten bestimmen, aus deren Reihen allein die Wähler sich die

zukünftigen Mitglieder der Nationalversammlung aussuchen können.

Die Presse veröffentlichte Berichte von Augenzeugen darüber, wie die „Wahlen“ in den Kreisen, Städten usw. vor sich gingen. Gewöhnlich riefen die Behörden die Ortsvorsteher in die Kreisverwaltung, wo diese für jeden in ihrer Ortschaft gemeldeten Einwohner einen Kreis neben den Namen des Kandidaten setzten, der ihnen von den Kreisbehörden bezeichnet wurde...

Die auf Grund der erwähnten Gesetze gebildete „Nationalversammlung“ sollte erstmalig im November 1937 einberufen werden. Dann wurde ihre Einberufung wegen des Krieges gegen Japan und weil die Oberschicht der Kuomintang sogar dieser „Nationalversammlung“ nicht traute, von Jahr zu Jahr verschoben.

Die demokratischen Parteien und Organisationen Chinas haben stets aufs entschiedenste die Rechtsgültigkeit der so geschaffenen „Nationalversammlung“ bestritten und erklärt, sie hätte nicht das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Die chinesischen Demokraten forderten die Einberufung einer Nationalversammlung, die in allgemeiner, gleicher und geheimer Abstimmung vom Volke zu wählen wäre.

Die herrschenden Kuomintangkreise wehrten sich jedoch entschieden gegen allgemeine Wahlen und die Einberufung einer wahrhaften Nationalversammlung. Unter dem Druck der Demokraten Chinas und der übrigen Welt manövierten sie und bequerten sich zu einer politischen Vereinbarung, derzufolge sie sich im Januar 1946 bereit erklärten, die Zahl der Mitglieder der Nationalversammlung auf 2050 zu erhöhen und der Kommunistischen Partei Chinas und der Demokratischen Liga eine gewisse Anzahl von Mandaten zu überlassen. Aber die herrschenden Kreise verletzten kurz darauf den Waffenstillstand und weigerten sich, das Januarabkommen durchzuführen. Damit machten sie auch die Beteiligung der chinesischen Demokraten an der Nationalversammlung unmöglich und verwandelten diese in ein simples Werkzeug ihrer eigenen Politik.

Wie der amerikanische Korrespondent White mitteilt, waren von den etwa 1500 Mitgliedern der am 15. November 1946 einberufenen „Nationalversammlung“ ungefähr zwei Drittel bereits vor Ausbruch des japanisch-chinesischen Kriegs ernannt worden.

Nach Mitteilungen der chinesischen Presse saßen in dieser Versammlung, die bis zum 25. Dezember 1946 tagte, außer Kuomintangmitgliedern alles in allem 6 Parteilose und einige Vertreter der sogenannten Jungchinesischen Partei und einer der Gruppen der Sozialdemokratischen Partei, die in Wirklichkeit nur Hilfsorganisationen der

Kuomintang sind. Nachdem die „Nationalversammlung“ mit geringfügigen Änderungen die Verfassung angenommen hatte, die nach Meinung der demokratischen Presse Chinas schlechter ist als die seinerzeitige Verfassung Jüanschikais, ging sie auseinander. Sie hat genau 40 Tage existiert. Die demokratischen Parteien Chinas erklären, die angenommene Verfassung sei ebenso ungesetzlich, wie es die „Nationalversammlung“ war, die keine Vollmachten vom Volke hatte.

In diesem Zusammenhang sei die durch Rundfunk verbreitete Neujahrsbotschaft Tschiangkai-scheks an das Volk erwähnt, in der er sagte, es „ist geplant, binnen kurzem die Basis der Regierung zu verbreitern“. Das war ein offensichtliches, wenn auch notgedrungen abgelegtes Eingeständnis, daß die politische Grundlage der Kuomintangregierung ungenügend ist.

* * *

Während in der Nankinger „Nationalversammlung“ der Verfassungsentwurf beraten wurde, konzentrierten die Militaristen Truppen zum Angriff auf die Stadt Jenan, die Hauptstadt des Grenzbezirks Schensi-Kansu-Ningsia, wo sich die leitenden Körperschaften der Kommunistischen Partei Chinas befinden. Inzwischen haben bekanntlich die Kuomintangarmeen den Versuch unternommen, Jenan einzunehmen.

Im ganzen Lande nimmt die Polizei Massenverhaftungen vor und bricht auf der Suche nach „Andersdenkenden“ in Häuser und Wohnungen ein. Ihre Geheimagenten führen Terrorakte gegen Demokraten aus. Strafexpeditionen feuern auf Bauern, die die Abschaffung der Feudalordnung verlangen.

In Kanton wurden dreitausend „der Sympathie mit den Kommunisten Verdächtige“ verhaftet. Die gesamte Leitung der Chinesischen Arbeitsassoziation war gezwungen, das Land zu verlassen, um sich vor dem Polizeiterror zu retten. Aber selbst in Hongkong gelang es einem Agenten der Geheimpolizei, den Vorsitzenden der Assoziation, Tschusuefan, zu überfallen und schwer zu verwunden. Gegen die Schanghaier Straßenhändler, die für ihre Rechte demonstrierten, wurde Polizei mit Maschinenpistolen und Maschinengewehren eingesetzt.

Zehntausende von chinesischen Bauern und Kulis sind in diesem Winter dem Hungertode preisgegeben. An manchen Orten wurde Kannibalismus festgestellt. In einigen Bezirken haben hunderttausende Einwohner ihre alten Wohnsitze verlassen.

* * *

Ist es verwunderlich, daß die demokratische Weltöffentlichkeit bei Beurteilung der Politik der

USA in China, die eine wahrhaft verhängnisvolle Rolle spielt, von diesen Tatsachen ausgeht? Denn die Welt bildet sich ihr Urteil über die wahre Politik der USA nicht nach Deklarationen, selbst wenn sie von den verantwortlichsten Persönlichkeiten erlassen werden, sondern nach den Taten der Vertreter Amerikas in China.

Diese Taten aber bestehen darin, daß man die Tyrannei der reaktionären Cliquen mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln unterstützt. Von diesen Taten sprechen tausende Resolutionen chinesischer Organisationen, die fordern, daß die amerikanischen Truppen aus China evakuiert werden und die Unterstützung der Reaktion eingestellt wird. Von diesen Taten spricht der Mitte Dezember 1946 veröffentlichte Aufruf hervorragender amerikanischer Politiker, der von dem demokratischen Senator Murray, dem republikanischen Senator Flanders, von Lattimore, Rhea Dulles und anderen Persönlichkeiten unterzeichnet ist. Darin heißt es:

„Die Vereinigten Staaten können die demokratischen Ideen Amerikas nicht fördern, wenn sie im chinesischen Bürgerkrieg ausschließlich die eine Seite unterstützen.“

Von diesen Taten spricht der „Manchester Guardian“, der in seiner Nummer vom 5. Dezember 1946 anerkennt, daß es den herrschenden Kreisen bisher nur dank der finanziellen und militärischen Unterstützung Amerikas gelungen ist, im Kampfe gegen die demokratischen Streitkräfte gewisse militärische Erfolge zu erzielen, und daß im Endergebnis das politische und wirtschaftliche Chaos in China immer mehr zunimmt. Von diesen Taten spricht auch die indische Zeitung „National Call“, die am 12. Dezember 1946 feststellt:

„Es ist klar, daß Amerika einfach an der Verlängerung des Bruderzwistes in China interessiert ist.“

Wahrhaftig, zu welcher anderen Schlußfolgerung könnte man kommen, wenn man die Politik der amerikanischen Kreise in China beobachtet, als zu der, daß diese Kreise alles tun, um den Bürgerkrieg anzufachen und zu verlängern, China zu schwächen, seine wirtschaftliche und politische Entwicklung zu hemmen und sich das geschwächte Land zu unterwerfen!

In ihrer politischen Kurzsichtigkeit wollen diese Kreise, die sich das Ziel stecken, den „riesenhaften chinesischen Markt“ auszubeuten, nicht die einfache Wahrheit begreifen, daß dieser „Riesenmarkt“ in hohem Maße eine Schimäre bleibt, solange die Volksmassen Chinas, von feudalen Überbleibseln umstrickt und der elementaren demokratischen Rechte beraubt, ein ewiges Hungerdasein führen. Sie können auch die sonnenklare Tatsache nicht begreifen, daß sie durch den Versuch, mit Hilfe von Wirtschaftsverträ-

gen China in ihre Kolonie zu verwandeln, in den chinesischen Industrie- und Handelskreisen, unter den Vertretern der freien Berufe und in jenem Teil der Beamtenschaft, der das nationale Selbstbewußtsein noch nicht völlig eingebüßt hat, eine immer größere Feindseligkeit gegen sich erregen.

Davon zeugt vor allem das Urteil, das die Zeitung „Takungpao“ und zahlreiche Vertreter der bei der Kuomintang bestehenden Gruppe politischer Wissenschaften, der Demokratischen Liga, verschiedene industrielle und andere unabhängige Geschäftskreise Chinas über den im November abgeschlossenen chinesisch-amerikanischen Handelsvertrag gefällt haben.

Dieser sogenannte „Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag“ verbirgt hinter schönen Worten von „gleichen Rechten“ der vertragsschließenden Parteien derartige faktische Vorteile für die USA, daß sie vielfach die exterritorialen Rechte ersetzen, deren sich die Vereinigten Staaten auf Grund der früheren ungleichen Verträge mit China erfreuten. „Gleiche Rechte“ sind für das mächtige amerikanische Finanzkapital und das schwache, unentwickelte chinesische Kapital alles andere als gleiche Rechte. Wer möchte bezweifeln, daß diese „gleichen Rechte“ dem allmächtigen amerikanischen Monopolkapital die volle Möglichkeit geben, die jungen Triebe der nationalen Industrie Chinas, die sich zudem in dem dichten Spinngewebe feudaler Überreste nicht rühren kann und den Schlägen des von der Reaktion entfachten Bürgerkriegs ausgesetzt ist, rasch und erbarmungslos zu zertreten?

Der „gleichberechtigte“ Vertrag, den die Amerikaner mit der Kuomintangregierung abgeschlossen haben, gibt ihnen das Recht, in den chinesischen Industrie- und Handelsunternehmen Kapitalien anzulegen und diese Unternehmungen zu leiten. Sie erhalten das Recht, in China Landstücke und Immobilien zu erwerben. Der Vertrag hindert die Einführung von Schutzzöllen und die Errichtung von Zollschranken. Nach Abschluß des Vertrags erklärte die Zeitung „Takungpao“, ebenso wie der ungleiche Vertrag mit England nach dem Opiumkrieg China auf fast hundert Jahre unter die Botmäßigkeit Englands gebracht habe, genau so drohe dieser chinesisch-amerikanische Vertrag, China auf gute hundert Jahre den USA auszuliefern.

Schon jetzt wirken sich die „gleichen Rechte“ verderblich auf die chinesische Industrie und die gesamte Wirtschaft in dem von der Kuomintang beherrschten Teil Chinas aus. Industrie und Handel Chinas leiden immer stärker unter der amerikanischen Konkurrenz. Schanghai, Tientsin, Peiping und andere Städte sind mit amerikanischen Waren überschwemmt. In der zweiten

Hälfte 1946 mußten in diesen Städten bereits Dutzende chinesischer Fabriken und Unternehmungen schließen, die der amerikanischen Konkurrenz erlagen. Und wie hätten sie auch dieser Konkurrenz standhalten sollen, wenn z. B. in Schanghai eine Tonne chinesischen Stahls 800 000 chinesische Dollar kostete, eine Tonne amerikanischen Stahls hingegen 300 000.

Washington hat mit Nanking außer dem Handelsvertrag auch andere Abkommen geschlossen, die China noch tiefer an das amerikanische Monopolkapital ketten. So wurde nach Mitteilungen der chinesischen Presse eine Vereinbarung getroffen, künftig amerikanischen Schiffen chinesische Häfen zum Ankern und Überholen zur Verfügung zu stellen, und ein Abkommen geschlossen, das der amerikanischen Luftflotte erlaubt, Flüge über chinesischem Gebiet auszuführen. Am 19. Dezember 1946 gaben die Kuomintangbehörden bekannt, daß die Häfen Tsingtao und Tsingwangtao für die ausländische Schifffahrt geschlossen werden. Offenbar werden sie zu amerikanischen Flottenstützpunkten ausgebaut. Die Presse weist darauf hin, daß dem chinesischen Handel aus der Schließung dieser Häfen neuerdings großer Schaden erwächst.

England bemüht sich, Amerika keinen allzu großen Vorsprung zu lassen, und führt mit Nanking Verhandlungen über den Abschluß ebensolcher „gleichberechtigter“ kommerzieller und anderer Abkommen. Aber die Nankinger Regierung verlegt sich auf Feilschen und will sich — wie eingeweihte Journalisten erklären — auf amerikanischen Rat davor drücken, England die Privilegien zu gewähren, die sie den USA zuerkannt hat. In englischen Geschäftskreisen herrscht deshalb wachsende Unzufriedenheit.

Aber wie die Verhandlungen über den englisch-chinesischen Handelsvertrag auch auslaufen mögen, chinesische Kreise legen schon jetzt große Unruhe an den Tag, weil das amerikanische Kapital sich in China wohler fühlt als sogar auf den Philippinen, weil die amerikanischen Geschäftsleute die chinesischen Städte mit ihren Erzeugnissen überschwemmen, die nationale Industrie Chinas rasch niederkonkurrieren, sie zur Produktionseinschränkung zwingen, die Fabrikanten ruinieren oder die chinesischen Kapitalien aus der Produktion hinaus- und in die Spekulationsphäre hineindrängen.

In offiziellen amerikanischen Deklarationen wird nach wie vor behauptet, die Tätigkeit der politischen Vertreter der USA in China sei und bleibe lediglich eine Vermittlertätigkeit zwischen den beiden sich bekämpfenden Parteien, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für das reaktionäre Lager der Kuomintang verfolge humane Ziele, und

die Anwesenheit amerikanischer Truppen in China sei ausschließlich durch die Notwendigkeit hervorgerufen, bei der Evakuierung der Japaner zu helfen. Indessen wird das Vorgehen der Amerikaner in China von der öffentlichen Meinung sowohl in Amerika selbst als auch in China und in anderen Ländern als eine gegen die chinesische Demokratie gerichtete Intervention aufgefaßt.

Beachtung verdienen die Beweggründe, die in der letzten Zeit immer offener in den Vordergrund geschoben werden, um diese Intervention zu rechtfertigen. So begründen die „New York Herald Tribune“ und andere einflußreiche amerikanische Zeitungen die Intervention damit, daß sonst „die Kommunisten sich ganz Chinas bemächtigen“ würden, was seinerseits „zur Errichtung der russischen Kontrolle über das ganze Land“ führen könne.

Es ist die alte, leidige Melodie! ... Diese Melodie von der „roten Gefahr“ haben seinerzeit in Tokio die Militaristen und Herren der „Zaibatsu“ eintönig heruntergeleiert, als sie versicherten, sie seien nur deshalb „gezwungen“, China zu besetzen und in China Marionettenregierungen zu bilden, damit sie selbst und die ganze Welt vor dem Kommunismus bewahrt blieben.

Daß sich in China manch einer an sowjetfeindlichen Provokationen gesundstoßen will, wird auch durch die unflätige Verleumdungs- und Schimpfkampagne bestätigt, von der in der letzten Zeit die von reaktionären Kuomintanggruppen kontrollierten Zeitungen „Tschengjipao“ und „Sintschunghuaschipao“ strotzen. Das bestätigen ferner die empörenden Gewalttaten und Schikanen, denen die auf der Tschantschunbahn beschäftigten Sowjetisenbahner in der Südmandschurei ausgesetzt sind. Kam es doch mehrfach so weit, daß Sowjetbürger von im Dienste der chinesischen Militaristen stehenden Banditen ermordet wurden.

* * *

Die grundlegenden Entwicklungstendenzen sowohl der internationalen Situation als auch der militärpolitischen Situation in China selbst zeigen indes, daß die internationalen und die innerpolitischen Spekulationen der chinesischen Reaktionäre auf Sand gebaut sind.

Unzweifelhaft sind gegenwärtig Demokratie und Fortschritt in der ganzen Welt im Zunehmen begriffen. Das amerikanische Volk und seine demokratische Öffentlichkeit, die so energisch ge-

gen die Unterstützung der chinesischen Reaktion auftritt, stehen unter den Vertretern des Fortschritts nicht an letzter Stelle.

In China selbst haben die demokratischen Kräfte nach der Aufteilung der Gutsbesitzerländereien in den befreiten Gebieten ihren maßgebenden Einfluß auf die Bauernschaft erweitert. Millionen von Bauern haben Land erhalten. 1946 waren viele Pächter zum erstenmal nicht genötigt, den Gutsbesitzern einen beträchtlichen Teil ihrer Ernte abzuliefern.

In mehreren Provinzen — Setschuan, Honan u. a. — haben viele Zehntausende unterdrückter und hungernder Bauern die Agrarbewegung gegen die Feudalverhältnisse auf ihre Fahnen geschrieben. Sie bedrohen die reaktionären Armeen im Rücken. Immer breitere Kreise Chinas, darunter auch der vermögenden Klassen, erheben ihre Stimme gegen die Außenpolitik der Kuomintang, die den Lebensinteressen des Volkes Abbruch tut.

Gleichzeitig sind die Hauptstreitkräfte der chinesischen Demokratie in den schweren Kämpfen gegen die inneren und äußeren Feinde während der letzten anderthalb Jahre keineswegs schwächer, sondern umgekehrt zahlreicher und stärker geworden.

Vor fast fünfzig Jahren tat der amerikanische Staatssekretär Hay den bemerkenswerten Ausspruch:

„Das Zentrum der Weltstürme hat sich nach China verlagert. Wer dieses Riesensland begreift, besitzt für die nächsten fünf Jahrhunderte den Schlüssel zur Weltpolitik.“

Diese Erklärung Hays mag übertrieben sein, aber für die amerikanischen und anderen ausländischen Politiker scheint doch die Zeit gekommen, wo sie anfangen müssen, China und das chinesische Volk zu begreifen. Ist es nicht Zeit, endlich einzusehen, daß man den Drang nach Unabhängigkeit, Freiheit und Fortschritt, der dieses zum politischen Leben erwachte große Volk be-seelt, nicht mehr bändigen kann, wie auch der gleiche Drang des großen indischen Volkes und anderer kolonialer und halbkolonialer Völker nicht mehr zu zähmen ist?! Alle Versuche, das chinesische Volk gewaltsam niederzuwerfen, führen lediglich zu neuem Blutvergießen in China, beschwören internationale Verwicklungen herauf und gefährden schließlich den Frieden und die Sicherheit der Welt.

Über die Tätigkeit der Weltföderation der Gewerkschaften

(Unterredung mit M. P. TARASSOW, Sekretär des Zentralrats
der Gewerkschaften der Sowjetunion)

Das Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften tagte vom 20. bis 24. September 1946 in Washington und vom 13. bis 16. Dezember 1946 in Paris. An diesen Sitzungen nahm M. P. Tarassow, Mitglied des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften, teil. Er vertrat W. W. Kusnezow, den stellvertretenden Vorsitzenden der Weltföderation.

Nachstehend veröffentlichen wir den Inhalt einer Unterredung mit M. P. Tarassow.

AUF den beiden letzten Tagungen des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften in Washington und Paris wurden aktuelle Entwicklungsprobleme der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegswelt erörtert. Sie betrafen vor allem den Kampf um normale, günstige Bedingungen für die freiheitliche Gewerkschaftsbewegung, für die Organisation und Tätigkeit der Gewerkschaftsverbände. Es ist ja kein Geheimnis, daß solche Bedingungen bislang in vielen Ländern fehlen.

Immer noch gibt es Länder, wo freie Gewerkschaften für die Werktätigen ein unter den gegenwärtigen Regierungen unrealisierbarer Traum sind. In erster Linie betrifft das die beiden Staaten der Pyrenäenhalbinsel: Spanien und Portugal. In einigen anderen Ländern stößt die Entwicklung der demokratischen Gewerkschaften auf den hartnäckigen Widerstand der eigenen und fremder Machthaber, und es sind noch große Anstrengungen der Werktätigen vonnöten, damit dieser Widerstand gebrochen wird und die Gewerkschaftsverbände sich freie Bahn für ihre Entwicklung schaffen. Das bezieht sich auf die kolonialen und abhängigen Länder. Schließlich hat die Reaktion in einer Reihe von Staaten eine heftige Offensive gegen die demokratischen Volksrechte, darunter auch gegen die gewerkschaftlichen Freiheiten, eingeleitet. In der Regel gehen dabei jene reaktionären Regierungen, die sich der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung gewisser Großmächte erfreuen, am frechesten und offensten gegen die Arbeitsbewegung vor. So ist es in Griechenland und China. Denselben Weg hat die Reaktion auch im Iran eingeschlagen.

Das ist der Grund, warum die Weltföderation der Gewerkschaften den Gewerkschaftsbewegungen in Griechenland, im Iran, in China, in

Deutschland und in einigen anderen Ländern sowie der spanischen Frage so großes Augenmerk widmet. Diese Probleme wurden auf mehreren Tagungen des Exekutivbüros behandelt, auch auf den beiden letzten. Die Frage der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der Weltföderation der Gewerkschaften und der UNO steht gleichfalls nach wie vor auf der Tagesordnung.

Auf der Washingtoner Tagung des Exekutivbüros wurde eine ganze Reihe von Fragen erörtert und entschieden: die Beziehungen zur UNO, die Lage und Tätigkeit der Gewerkschaften in Triest und Julisch Krain, das Problem Francospaniens, die Leitung der Abteilung für Kolonialländer und Mandatgebiete, die Aufnahme der philippinischen Gewerkschaften in die Föderation, die Entsendung einer Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften nach dem Fernen Osten. Sie nahm Berichte der nach Deutschland, dem Iran, nach Griechenland, Tunis und zur Konferenz der UNRRA in Genf entsandten Delegationen der Weltföderation der Gewerkschaften entgegen. Schließlich wurde noch beschlossen, die nächste Tagung des Generalrats im Juni 1947 in Prag abzuhalten.

Die gleichen Fragen standen größtenteils auch auf der Dezembertagung in Paris zur Debatte: die Gewerkschaftsbewegung im Iran, in Griechenland, Deutschland, Tunis, Triest und im Fernen Osten, die Haltung gegenüber dem Franco-regime und die Beziehungen zur UNO. Es ist hervorzuheben, daß in allen diesen Fragen einmütige und für alle Beteiligten annehmbare Beschlüsse gefaßt wurden.

Das Exekutivbüro beriet und bestätigte den endgültigen Wortlaut des von der Delegation der Weltföderation der Gewerkschaften, die im Februar 1946 Deutschland besucht hatte, erstatte-

ten Berichtes. Es beschloß, die Delegation noch einmal — vom 15. Januar bis 15. Februar — nach Deutschland zu schicken, damit sie feststelle, welchen Fortschritt die deutschen Gewerkschaften im Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und die Demokratisierung des Landes gemacht haben. Außerdem soll die Kommission die Bedingungen prüfen, unter denen die deutschen Gewerkschaften in die Weltföderation aufgenommen werden können.

Gelegentlich der Erörterung dieser Frage stellte die Pariser Tagung mit Genugtuung fest, daß sich die Verbindungen der Föderation mit dem Kontrollrat der Verbündeten gefestigt haben. Auf der Sitzung des Exekutivbüros waren Vertreter des Direktoriums für Arbeitsfragen im Kontrollrat der Verbündeten anwesend. Sie beteiligten sich an der Diskussion über die weitere Hilfe, welche die Weltföderation bei der Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Herstellung ihrer Einheit leisten könne. Über die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in die Weltföderation wird möglicherweise auf der Sitzung des Generalrats der Föderation in Prag endgültig entschieden werden. Vorläufig richtete das Exekutivbüro an alle internationalen Berufssekretariate das schriftliche Ersuchen, sich der vorläufigen Aufnahme einzelner deutscher Gewerkschaften zu enthalten, wie dies schon einmal der Fall war, als das internationale Transportarbeitersekretariat auf seinem Kongreß in Zürich beschloß, den Transportarbeiterverband der englischen Besatzungszone Deutschlands aufzunehmen.

Auf der Washingtoner Tagung des Exekutivbüros berichtete Louis Saillant, der Generalsekretär der Föderation, über die Tätigkeit der iranischen Gewerkschaften und den außerordentlich warmen Empfang, den die iranischen Arbeiter ihm als Vertreter der Föderation im Sommer v. J. bereitet haben. Nur die Stadt Abadan, wo unter den Arbeitern der Anglo Iranischen Erdölgesellschaft gerade Unruhen ausgebrochen waren, durfte Saillant nicht besuchen. Das Exekutivbüro beschloß, die iranischen Gewerkschaften in die Weltföderation aufzunehmen.

Bekanntlich ist jedoch die iranische Reaktion in der letzten Zeit mit Unterstützung der Behörden gegen alles, was im Lande demokratisch ist, insbesondere gegen die iranischen Gewerkschaften, rücksichtslos zu Felde gezogen. In einem Telegramm an den iranischen Ministerpräsidenten hat Louis Saillant auf den Ernst der entstandenen Lage hingewiesen. Vor allem teilte er mit, daß, vorliegenden Meldungen zufolge, die Anglo Iranische Erdölgesellschaft ihre Unterdrückungspolitik gegen die Gewerkschaften fortsetzt, was zu neuen sozialen Konflikten Anlaß gibt.

Vor der Pariser Tagung hatte Reza Rusta, der Vorsitzende der vereinigten iranischen Gewerkschaften, dem Exekutivbüro der Weltföderation telegraphisch mitgeteilt, der gegen die Gewerkschaftsorganisationen und Gewerkschaftsfunktionäre gerichtete Terror nehme bedrohliche Ausmaße an. In Sirab (Masanderan) hätten die Behörden einen Zusammenstoß mit den Bergarbeitern provoziert und gegen sie Truppen eingesetzt, die von der Waffe Gebrauch machten. In diesem Bezirk sei der Belagerungszustand verhängt worden. Drei absolut unschuldige Bergarbeiter seien vom Standgericht zum Tode, vier zu lebenslänglichem Gefängnis und siebzig zu Verbannung oder anderen Strafen verurteilt worden. Viele Bergarbeiter seien verhaftet. Infolge des Belagerungszustandes seien die Industrieunternehmen in ganz Masanderan von Regierungstruppen besetzt. In der Stadt Schahi seien 300 Textilarbeiter verhaftet worden. Diese Arbeiter würden auf Befehl des Militärgouverneurs gefoltert. Sohaisch, ein Mitglied des Gewerkschaftsrates von Masanderan, sei zu Tode gefoltert worden.

In Teheran seien die Druckerei der Volkspartei und des Zentralrates der Gewerkschaften sowie der Klub der Eisenbahnergewerkschaft und der Erani Klub zerstört worden. Am 13. Dezember seien auch der Klub und das Gebäude des Zentralrats der Gewerkschaften demoliert worden.

Weiter hieß es in dem Telegramm, die Arbeiterklasse des Irans sei aufs höchste empört über die Gewaltakte an den Werktätigen, das Terrorregime und die Willkür der faschistisch gesinnten Satrapen. Das Telegramm enthielt die Bitte, unverzüglich eine Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften nach dem Iran zu entsenden und den iranischen Gewerkschaften schnellstens Hilfe zu erweisen.

Das Exekutivbüro beschloß, in nächster Zukunft eine Kommission nach dem Iran zu schicken, an der Vertreter der britischen Trade-Unions, der amerikanischen Industrieverbände und des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion teilnehmen sollen, um die Lage der dortigen Gewerkschaften zu untersuchen. Außerdem wurde eine von Louis Saillant geführte Delegation der Weltföderation beim iranischen Gesandten in Paris vorstellig und legte gegen die Erschießung von Arbeitern und die Zerschlagung der iranischen Gewerkschaften Protest ein. Die Delegation forderte die Freilassung aller verhafteten Arbeiter, die Rückgabe der den Gewerkschaften gehörenden Gebäude und Druckereien und ihre Bewachung, Gewährleistung normaler Bedingungen für die Tätigkeit der Gewerkschaften, Sicherheit für das Leben der führenden

Gewerkschaftsfunktionäre und Pensionen für die Witwen und Waisen der während der Zwischenfälle umgekommenen Arbeiter. Der Gesandte versprach, diesen Protest und diese Forderungen an die iranische Regierung weiterzuleiten.

Auf beiden Tagungen des Exekutivbüros wurde der Lage der griechischen Gewerkschaften großes Augenmerk geschenkt. Auf der Washingtoner Tagung löste der Bericht Léon Jouhaux', der im Auftrag der Weltföderation Griechenland besucht hatte, lebhafte Diskussionen aus. Der Berichterstatte beschrieb die bedrängte Lage der demokratischen Gewerkschaften Griechenlands, die von der monarchistisch-faschistischen Regierung unausgesetzt verfolgt werden. Jouhaux erklärte, in Griechenland sei ihm bei der Erfüllung seiner Aufgabe vielfache Hilfe erwiesen worden. Nur bei den reaktionären griechischen Behörden und der englischen Gesandtschaft habe er keinerlei Unterstützung gefunden.

In der Resolution über Griechenland erklärte das Exekutivbüro, daß es „das Vorgehen der reaktionären Regierung Griechenlands verurteilt, die den Arbeitern die demokratischen Freiheiten entzieht und ihnen verbietet, ihre gewerkschaftlichen Rechte frei auszuüben“. Das Exekutivbüro beschloß, von der griechischen Regierung die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten zu verlangen. Besonders wichtig ist der erste Punkt der Resolution, in dem es heißt:

„Das am 1. März 1946 gewählte Büro der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands ist als einzige repräsentative Körperschaft der Gewerkschaften des Landes zu betrachten. Kein anderes Büro oder Komitee kann das Vertrauen der Weltgewerkschaftsbewegung genießen.“

So lautet der Beschluß der Washingtoner Tagung. In Paris lagen neue Tatsachen vor, die zeigen, wie die Regierung Tsaldaris die demokratischen Gewerkschaften Griechenlands schikaniert und verfolgt. Pappas und Stratis, zwei in Paris eingetroffene Sekretäre der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, berichteten darüber. Die Regierung Tsaldaris weigert sich, den griechischen Gewerkschaften die demokratischen Freiheiten und die zentrale Leitung wiederzugeben, die vor einigen Monaten gesprengt wurde. Gestützt auf ausländische Truppen, verschärfen die griechischen Behörden den Terror gegen die Demokraten. Im ganzen Lande werden Gewerkschaftsfunktionäre, aktive Demokraten und einfache Arbeiter, deren einzige Schuld darin besteht, daß sie beim Referendum nicht für die Monarchie, sondern für die Republik gestimmt haben, niederträchtig ermordet.

In der Diskussion hierüber erklärte Louis Sallant, wenn sich die Lage in Griechenland nicht

in allernächster Zeit ändere, müsse die Föderation die griechische Frage vor die UNO bringen. Um sich endgültig und erschöpfend über die Lage der griechischen Gewerkschaften zu informieren, beschloß das Exekutivbüro erst einmal, Vincent Tewson, den Generalsekretär der britischen Trade-Unions, als Vertreter der Weltföderation an Ort und Stelle zu entsenden. Wenige Tage später gab der Generalrat der britischen Trade-Unions seine Zustimmung zur Reise Tewsons nach Griechenland.

Die beabsichtigte Entsendung einer Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften nach den Ländern des Fernen Ostens (China, Japan, Korea und Birma) löste auf der Washingtoner Tagung eine längere Diskussion aus. Ein entsprechender Beschluß war bereits im Juni 1946 auf der Moskauer Tagung des Exekutivkomitees der Föderation gefaßt worden. Aber die Kommission ist bisher nicht abgereist. Ja, die meisten Mitglieder dieser Kommission teilten mit, sie könnten nicht vor Frühjahr 1947 fahren, weil sie mit unaufschiebbaren Angelegenheiten überlastet seien.

Der Vertreter der Sowjetgewerkschaften erklärte, er halte diesen Zustand für unnormale, und bestand auf baldigster Abreise der Kommission. Dafür gab es sehr gewichtige Gründe. Tschusuefan, der Vorsitzende der chinesischen Arbeitsassoziation und einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Weltföderation der Gewerkschaften, hatte telegraphisch die alarmierende Nachricht mitgeteilt, daß die Kuomintangbehörden die Gewerkschaften zerschlagen. Tschusuefan selbst konnte wegen der bekannten Ereignisse in China der Sitzung des Exekutivbüros nicht beiwohnen. Auch die Gewerkschaften Japans und Koreas warten voller Ungeduld auf die Ankunft der Kommission der Weltföderation.

In der Zeit zwischen den beiden Tagungen des Exekutivbüros spitzte sich die Lage in China noch mehr zu. Die Verfolgung der demokratischen Gewerkschaften durch die Kuomintangreaktion wurde noch schlimmer. Tschusuefan konnte auch an der Pariser Tagung nicht teilnehmen. Während er sich zur Abreise nach Europa anschickte, verübte ein Agent der Kuomintangreaktion ein Attentat auf ihn und brachte ihm schwere Verletzungen bei.

Die Pariser Tagung des Exekutivbüros beschloß, die Kommission der Weltföderation müsse unverzüglich nach dem Fernen Osten reisen. Die Mitglieder dieser Kommission, der auch Vertreter des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion angehören, werden am 10. März in Tokio eintreffen und ihre Arbeit aufnehmen.

Die Washingtoner Tagung nahm die Berichte der Gewerkschaftsleitungen einzelner Länder

über die Kampagne gegen das Francoregime entgegen, die auf der Moskauer Tagung des Exekutivkomitees beschlossen worden war, und stellte fest, daß der Aufruf des Exekutivkomitees

„unter den Werktätigen aller demokratischen Länder ein lautes Echo geweckt und volles Verständnis für die große Gefahr gefunden hat, die das faschistische Regime Francos für den Weltfrieden und die Weltsicherheit darstellt“.

Das Exekutivbüro beschloß einmütig, die Kampagne gegen das Francoregime fortzusetzen und zu verbreitern. In diesem Zusammenhang wurde eine Resolution „für einen festgefühten und dauerhaften Frieden“ angenommen. Das Exekutivbüro forderte die Regierungen der vereinten Nationen auf, zur Politik der Freundschaft und engen Zusammenarbeit zurückzukehren, die einzig und allein einen dauerhaften Frieden verbürge, und empfahl den Mitgliedern der Föderation,

„ihre Regierungen davon in Kenntnis zu setzen, daß sie entschlossen sind, die Vorbereitungen für einen neuen Krieg zu durchkreuzen und die bössartigen faschistisch reaktionären Kräfte zu überwinden, die heute den Weltfrieden bedrohen und dieselbe Ideologie auf ihre Fahnen geschrieben haben wie der Nazismus und Faschismus“.

Kurz vor der Pariser Tagung des Exekutivbüros faßte die UNO Generalversammlung einen Beschluß hinsichtlich Spaniens, der alle Mitgliedstaaten der UNO verpflichtet, ihre Botschafter und Gesandten aus Madrid abzurufen. Léon Jouhaux, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Weltföderation, nahm auf der Tagung der Generalversammlung an der Diskussion hierüber aktiv teil. Die Pariser Tagung des Exekutivbüros erklärte, sie betrachte diesen Beschluß der Generalversammlung lediglich als ersten Schritt zum völligen Abbruch der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zwischen den demokratischen Ländern und der Francoregierung. Sie beschloß, ihre auf die Wiederherstellung der Demokratie in Spanien gerichteten Bemühungen fortzusetzen und dem spanischen Volk entsprechende Hilfe zuteil werden zu lassen.

Großes Augenmerk schenkt die Weltföderation der Gewerkschaften ihren Beziehungen zur UNO. Bis zur Washingtoner Tagung hielt sich die Zusammenarbeit dieser beiden internationalen Organisationen in recht engem Rahmen und zeitigte nur geringe Resultate. Die Vertreter der Föderation besaßen lediglich das Recht, den öffentlichen Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialrats als Beobachter beizuwohnen. Die Washingtoner Tagung vertrat die Ansicht, daß darin eine offensichtliche Unterschätzung der Aufgaben der in der Föderation zusammengeschlossenen über 70 Millionen Werktätigen im Kampf für den Frie-

den und die Demokratie zum Ausdruck komme, und beschloß, auch weiterhin darauf zu bestehen, daß der Föderation in der UNO ein Platz eingeräumt wird, der der Wichtigkeit ihrer Tätigkeit entspricht.

Auf der kürzlich beendeten Tagung der Generalversammlung wurde der von der Sowjetdelegation eingebrachte Antrag angenommen, eine engere Zusammenarbeit zwischen der UNO und der Weltföderation der Gewerkschaften herbeizuführen. Die Föderation hat jetzt das Recht, dem Wirtschafts- und Sozialrat Fragen zu unterbreiten, die dann in die vorläufige Tagesordnung aufgenommen werden. Dieser Beschluß ist ein Schritt vorwärts zur festeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen, der ihrem gemeinsamen Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt zugute kommt.

Die Pariser Tagung beschloß, konkrete Fragen vorzumerken, die dem Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegt werden sollen. Solcher Fragen, die von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung der Welt sind, haben sich bei der Föderation nicht wenig angesammelt. Sie ergeben sich aus den Beschlüssen der Londoner Weltkonferenz der Gewerkschaften und des Pariser Kongresses. In erster Linie betreffen sie die Beseitigung der Rassendiskriminierung, die Freiheit der Organisation und der Tätigkeit der demokratischen Gewerkschaften, die Gewährung gleichen Lohns für gleiche Arbeit, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, bezahlten Urlaub für Arbeiter und Angestellte u dgl. m.

Ziemlich lange wurde auf der Pariser Tagung des Exekutivbüros über einen Entwurf diskutiert, der Bestimmungen für die Produktionsabteilungen der Weltföderation der Gewerkschaften betrifft. Diese Bestimmungen waren zunächst vom Exekutivbüro gemeinsam mit Vertretern der internationalen Berufssekretariate durchberaten worden. Nach längerer Diskussion wurden in den Entwurf eine Reihe Abänderungen und Zusätze aufgenommen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, den Entwurf entsprechend umzuarbeiten und ihn den Mitgliedern des Exekutivbüros zuzuleiten.

Abschließend noch einige Worte über eine wichtige Organisationsfrage, die im September 1946 auf der Washingtoner Tagung, wenn auch nicht endgültig, gelöst wurde. Es handelt sich um den Vorsitzenden der Weltföderation der Gewerkschaften.

Bereits im Juni 1946 hatte Lord Walter Citrine auf der damaligen Tagung des Exekutivkomitees mitgeteilt, er trete als Vorsitzender der Föderation zurück, da er mit einem verantwortlichen Posten in der Verwaltung der englischen Kohlen-

industrie betraut worden sei. Die Washingtoner Tagung des Exekutivbüros hatte also einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Schon vor ihrem Beginn teilte Walter Citrine mit, der Generalrat der britischen Trade-Unions habe ihn beauftragt, als neuen Vorsitzenden der Föderation Arthur Deakin, den Generalsekretär der englischen Transportarbeitergewerkschaft, vorzuschlagen.

Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, Arthur Deakin zum provisorischen Vorsitzenden zu ernennen, bis das Exekutivkomitee und der Generalrat ihre Entscheidung treffen. Deakin hielt eine leidenschaftliche Rede, in der er sagte, er füge sich restlos den Direktiven des Exekutivbüros und werde loyal und aktiv arbeiten.

* * *

Die Pariser Tagung des Exekutivbüros schloß Mitte Dezember, am Vorabend des neuen Jahres 1947. In diesem Jahr wird die Weltföderation der Gewerkschaften ihre Tätigkeit voll zu entfalten haben. Sie wird nicht nur die Aufgaben erfüllen müssen, vor denen sie jetzt steht, sondern zweifellos auch auf eine Reihe neuer schwieriger Probleme stoßen. Herrscht in der Föderation Einmütigkeit, sind ihre Reihen geschlossen, dann ist der Erfolg ihrer Tätigkeit verbürgt. Wir beginnen das neue Jahr mit der festen Überzeugung, daß die Weltföderation der Gewerkschaften die Hoffnungen rechtfertigen wird, welche die 70 Millionen Arbeiter, die in den ihr angeschlossenen Gewerkschaften der Welt organisiert sind, auf sie setzen.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS ENGLISCH-AMERIKANISCHE ABKOMMEN UND DIE DEUTSCHEN MONOPOLE

Mit dem 1. Januar 1947 ist das im Dezember v. J. in Neuyork unterzeichnete Abkommen über die ökonomische Vereinigung der amerikanischen und der englischen Okkupationszone in Deutschland in Kraft getreten. Die englisch-amerikanischen und deutschen Organe, die die Durchführung des von Byrnes und Bevin aufgestellten Programms leiten, sind ins Leben gerufen und haben ihre Tätigkeit bereits aufgenommen.

Diesem Programm entsprechend sollen die erwähnten beiden Westzonen nach Ablauf von drei Jahren zu einem Ganzen zusammengefaßt sein, das sich ökonomisch selbst versorgt. Dies soll erreicht werden durch die Entwicklung des deutschen Außenhandels, hauptsächlich aber durch englische und amerikanische Kapitalinvestitionen in der westdeutschen Industrie.

Westdeutschland verfügt bekanntlich über eine hoch entwickelte Schwerindustrie. Das Ruhrgebiet ist die Basis der größten deutschen Monopole. Gerade auf dieses Gebiet richten sich die bei

weitem nicht uneigennützigen Absichten der amerikanischen und englischen Monopolistenkreise.

Bei Deutschlands Industriemagnaten hat das Byrnes-Bevin Abkommen rasch ein Echo gefunden. Das Düsseldorfer „Handelsblatt“, eine vor kurzem gegründete Wochenschrift, die allem Anschein nach die direkte Erbin der schwerindustriellen „Deutschen Bergwerkszeitung“ ist, setzt auseinander, welche Aufgaben sich für die „deutsche Seite“ (d. h. für die deutschen Monopole) aus dem englisch-amerikanischen Abkommen ergeben.

Das „Handelsblatt“ läßt es sich vor allem angelegen sein, das Zweizonenabkommen zum Kampf gegen die Reparationen auszunutzen. Die Reparationen dürften den deutschen Export nicht behindern, meint die Zeitung. Ihr gibt offenbar die Tatsache Auftrieb, daß die Reparationslieferungen in dem Abkommen mit keinem Wort erwähnt werden und daß die amerikanischen Besatzungsbehörden noch vor einigen Monaten die Potsdamer Beschlüsse einseitig verletzten, indem sie die Abmontierung der für Reparationszwecke in Aussicht genommenen Betriebe eigenmächtig einstellen ließen.

* Schon wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen machte das „Handelsblatt“ mit oienkundiger Betriedigung davon Mitteilung, die britische Militärregierung habe versprochen, die von dem deutschen Zonenbeirat gemachten Vorschläge wohlwollend zu prüfen. In diesen Vorschlägen ist bereits ganz offen von der sofortigen Einstellung der Reparationszahlungen die Rede. Weiter hat der bizonale Wirtschaftsrat einen „Ausfuhr- und Einfuhrplan für 1947“ ausgearbeitet. Der Export verschiedener deutscher Waren aus beiden Zonen soll sich auf 1,06, der Import auf 2,4 Milliarden Mark belaufen. Die nicht durch Ausfuhr gedeckten Einfuhrbeträge sollen englisch-amerikanische Stellen hergeben, wie das aus dem Byrnes-Bevin-Abkommen vom Dezember folgt.

Also anderthalb Jahre nach der Kapitulation Deutschlands erhalten die deutschen Industriellen, den Potsdamer Beschlüssen über die wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands zum Trotz, abermals Auslandskredite. Während eine Anzahl verbündeter Länder, deren durch die deutsche Okkupation verheerte Wirtschaft noch nicht wieder aufgebaut ist, keinerlei irgendwie wesentliche Finanzhilfe erhalten kann, empfängt Westdeutschland, in erster Reihe das Ruhrgebiet, von der Dollardiplomatie ein „Neujahrsgeschenk“. Die amerikanischen und die englischen Industrie- und Finanzkreise legen Mittel in der deutschen Industrie an, lehnen es jedoch ab, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen Kredite zu gewähren. Man denkt an einen grandiosen „Geschäftscoup“: es handelt sich, wie kürzlich Pertinax schrieb, um die Schaffung eines internationalen Konsortiums unter führender Beteiligung des amerikanischen und des englischen Kapitals, das auf viele Jahre hinaus zum unbeschränkten Herrn in Deutschland zu werden gedenkt...

Die mit dem Abkommen zusammenhängenden Maßnahmen erinnern außerordentlich stark an die Unternehmungen der englischen und amerikanischen Geschäftemacher von 1924. Auf der Grundlage des Dawesplans und des ihm folgenden Youngplans wurde der deutsche Imperialismus wiederhergestellt, der dann den zweiten Weltkrieg entfesselte. Es hat den Anschein, als ob es Leute gäbe, die diesen Versuch wiederholen möchten. Bemerkt werden muß, daß die englisch-amerikanischen Kredite, durch die 1947 der deutsche Import subsidiert werden soll, ebenso hoch sind wie ein voller Jahreskredit, den Deutschland von 1924 bis 1929 auf Grund des Dawesplans erhielt.

Die Völker vieler Länder haben auch jetzt noch zu tragen an den schweren Folgen der Politik, die die angelsächsischen Imperialistenkreise nach

dem ersten Weltkriege gegenüber Deutschland getrieben haben. Die vollständige und bedingungslose Abrüstung, darunter auch die ökonomische Abrüstung, dieses Aggressionsherdes in Europa, ist eine lebenswichtige Forderung der friedliebenden demokratischen Länder. Die Verwirklichung der in den Potsdamer Beschlüssen programmatisch festgelegten Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands ist die wichtigste Bedingung des Friedens und der Sicherheit.

Auf der andern Seite geht die von den englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden getriebene, auf die Erhaltung der deutschen Monopole gerichtete Politik schon jetzt in eine Politik offener Zusammenarbeit mit ihnen über. Diese Politik ist nicht nur vom Standpunkt der Errichtung eines festgefügtten Friedens schädlich, sondern auch für ihre Initiatoren gefährlich.

DIE PLÄNE EINER GEWISSEN KOMMISSION

Unter den zahlreichen Kommissionen und Ausschüssen des USA-Kongresses gibt es eine Kommission für Fragen der ökonomischen Nachkriegspolitik.

Bis in die letzte Zeit konnte man sich schwer eine Vorstellung davon machen, womit sich diese Kommission eigentlich beschäftigte, da nur wenige Angaben über ihre Tätigkeit in die Presse gelangten.

Ende Dezember jedoch veröffentlichte die Kommission einen Bericht, der unbedingt Aufmerksamkeit verdient und zum Nachdenken über den Charakter der Tätigkeit der erwähnten Kommission veranlaßt. Offenkundig möchte die Kommission die ökonomische Nachkriegspolitik der USA gegen die Sowjetunion richten. Ihr Bericht ist nichts als ein Haufen Verleumdungen, wie sie von dem reaktionären Teil der amerikanischen Presse so freigebig gegen die Sowjetunion verbreitet werden. Er besteht aus verschiedenen, auf eine Diskrimination der Sowjetunion gerichteten Empfehlungen. In dem Bericht wird dazu aufgerufen, sich von dem Potsdamer Abkommen loszusagen; es wird gefordert, daß das Staatsdepartement einen Druck auf England, Schweden, Frankreich und die Schweiz ausübe und diese Länder nötige, der Sowjetunion keine Industrieinrichtungen zu verkaufen. Auf diese Weise fordert die besagte Kommission im Grunde zu etwas auf, was ökonomischen Sanktionen gegen die Sowjetunion äußerst ähnlich sieht.

Die Washingtoner Kommission möchte auch andere Staaten in dieses Abenteuer hineinziehen. Sie ist offenbar der Auffassung, daß die amerika-

nische Regierung den Regierungen anderer souveräner Staaten vorschreiben kann, mit wem sie Handel zu treiben haben und mit wem nicht, und wem sie was verkaufen dürfen.

Die Mitglieder dieser Kommission leben allem Anschein nach mehr in der Vergangenheit als in der Gegenwart. Sie träumen offenbar von den ersten Jahren der Existenz der jungen Sowjetrepublik, in welcher Zeit sich Leute fanden, die den Versuch unternahmen, unser Land zum Objekt einer Wirtschaftsblockade zu machen. Dieses Unterfangen ist auch damals schmachvoll gescheitert. Heutzutage sind derartige Pläne natürlich noch sinnloser.

Die Washingtoner Kommission rechnet vielleicht gar nicht so sehr mit der Realisierung ihrer Pläne. Aber die internationale Atmosphäre nach Kräften vergiften, das ist gewiß die Absicht ihrer Drahtzieher.

EINE WIENER MASKERADE

Bekanntlich ist in die Tagesordnung der für den 10. März nach Moskau einberufenen Tagung des Außenministerrats die Frage des Friedensvertrages mit Österreich aufgenommen worden. Bekannt ist auch, daß die im November 1943 veröffentlichte Österreich-Deklaration der drei verbündeten Mächte festgestellt hat, daß Österreich die Verantwortung für seine Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands trägt und daß „bei der endgültigen Regelung unweigerlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird“.

Im Jahre 1943 hatte eine solche Erklärung die Bedeutung einer Warnung: Österreich hatte die Möglichkeit, wie das einige andere Länder, die sich am Kriege auf seiten Hitlers beteiligten, getan haben, sich dem Kampf gegen Hitler anzuschließen. Österreich hat von dieser Möglichkeit bekanntlich keinen Gebrauch gemacht.

Alles dessen eingedenk, beschloß die österreichische Regierung, sich auf die Tagung des Außenministerrats auf eigene Weise vorzubereiten. Ende Dezember 1946 erschien in Wien ein ziemlich umfangreiches „Rot-Weiß-Rot-Buch“, herausgegeben von der österreichischen Regierung.

Dieses Buch soll entgegen den Tatsachen zeigen, Österreich habe die Forderungen der Deklaration von 1943 längst erfüllt und einen ernst zu nehmenden Beitrag für den Kampf gegen Hitlerdeutschland geleistet. Man erfährt, daß Österreichs Widerstand bereits im Jahre — 1938 begonnen habe.

Österreich sei der erste freie Staat gewesen und fünf Jahre lang (gemeint ist die Zeit von

1938 bis 1943) der einzige Staat geblieben, der Hitler faktisch Widerstand geleistet habe, wird in dem „Rot-Weiß-Rot-Buch“ ausgeführt.

Weiter wird behauptet, in Österreich habe es fast keine Nationalsozialisten gegeben, Österreich sei nach dem Anschluß für die Hitlerfaschisten eine Hölle gewesen, und es habe sogar militärisch aktiv mitgekämpft, um sich zu befreien.

Tatsachen, Beweise, Dokumente werden in dem Buch nicht angeführt. Die Auszüge aus den Begründungen der Urteile, die faschistische Gerichte gegen einzelne Österreicher gefällt haben, können nicht als Beweise betrachtet werden. Auch in Hitlerdeutschland selbst gab es ja Sabotageakte in der Produktion oder Ausbrüche der Unzufriedenheit mit den faschistischen Zuständen; dort wurden Tausende von Menschen in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen.

Die Verfasser des offiziellen „Rot-Weiß-Rot-Buches“ meinen offenbar, die Völker hätten ein kurzes Gedächtnis. Diese Spekulation ist unrichtig. Niemand hat vergessen, daß die österreichische Regierung (die, nebenbei gesagt, aus Vertretern der gleichen katholischen Kreise bestand, die heute an der Spitze der regierenden „Volks“partei stehen) in der Zeit von Januar bis März 1938 keinen Finger gerührt hat, um dem Hitleraggressor Widerstand zu leisten. Man weiß, daß die Führer katholischer und sozialistischer Gruppen im Lande Anhänger des Anschlusses Österreichs an Deutschland waren. Auch jetzt tragen sie sich mit Ideen von einem neuen Anschluß. Es war kein Zufall, daß Vertreter der österreichischen Sozialisten kürzlich an einer Münchener Konferenz teilnahmen, wo die Schaffung einer „Föderation süddeutscher Staaten“ erörtert wurde.

In den Jahren des Krieges war Österreich die wichtigste Waffenkammer der hitlerfaschistischen Kriegsmaschinerie. Sogar in dem „Rot-Weiß-Rot-Buch“ wird im Vorbeigehen erwähnt, wie die zum Göringkonzern gehörenden österreichischen Werke der Alpinen Montan während des Krieges ihre Produktion erhöht haben. Hunderttausende von Österreichern haben in der Hitlerarmee gedient.

Natürlich gab es in Österreich auch Personen und politische Gruppen, die den Hitlerokkupanten Widerstand leisteten. Das Ausmaß dieses Widerstandes war jedoch ziemlich bescheiden. Der österreichische „Widerstand“ machte sich nicht einmal in den Tagen bemerkbar, als die Sowjetarmee Wien erstürmte.

Die Moskauer Deklaration sah die Notwendigkeit vor, Österreich nach der Vertreibung der Hitlerfaschisten zu demokratisieren. Kann sich die heutige österreichische Regierung rühmen,

auf diesem Gebiete Erfolge erzielt zu haben, insbesondere bei der Reinigung des Landes von Hitlerfaschisten? Das „Rot Weiß Rot-Buch“ schweigt sich hierüber aus. Die österreichische Presse selbst aber macht Mitteilung von dem Unwesen der Nazis im Staats- und Wirtschaftsapparat und registriert das Fehlen ernstlicher Maßnahmen zwecks Ausrottung des Faschismus.

Angesichts aller dieser Tatsachen muß zugegeben werden, daß das „Rot Weiß Rot-Buch“ ein Versuch ist, der Welt Sand in die Augen zu streuen, eine Maskerade, die den Zweck verfolgt, die Regierungen der Großmächte und die öffentliche Meinung zu desorientieren.

DIE METAMORPHOSEN MIKOLAJCZYKS

Die Vorbereitungen für die polnischen Sejm-wahlen sind in ihr letztes Stadium eingetreten. Breite Massen des polnischen Volkes sprechen sich für den Block der demokratischen Parteien und für das Programm dieses Blocks aus, das dazu aufruft, ein starkes, demokratisches Volkspolen zu errichten.

Mikolajczyks Partei Polskie Stronnictwo Ludowe hat in ihrer „Gazeta Ludowa“ gleichfalls einen Wahlauf Ruf veröffentlicht, der offenbar das dieser Partei fehlende Programm ersetzen soll. Der „Głos Ludu“ hat dieses Dokument mit Recht als ein Musterbeispiel politischer Heuchelei charakterisiert.

Mikolajczyk und seine Anhänger wollen ihre wahre Politik maskieren. Deshalb bedienen sie sich in ihrem Wahlauf Ruf aller wichtigen Losungen des Blocks der demokratischen Parteien. Sie haben dem Block auch diejenigen Losungen entlehnt, gegen die sie selbst dauernd aufgetreten sind.

Die Wahlschwüre der Mikolajczykpartei, wonach sie den inneren Frieden anstreben, stehen in schreiendem Gegensatz zu ihrer Tätigkeit. Die zahlreichen Gerichtsprozesse, in denen die verbrecherischen Machenschaften der unterirdisch tätigen faschistischen und halbfaschistischen Terroristenorganisationen (NSZ, WiN u. a.) untersucht wurden, haben enthüllt, daß die Mikolajczykpartei die Basis und der Unterschlupf der Terroristen ist. Die Mitgliedsbücher dieser Partei dienen als Passierscheine in die Höhlen der terroristischen Illegalität. Diese Beteiligung am politischen Banditismus zeugt am wenigsten von einem Streben nach innerem Frieden im Lande.

Die Heuchelei der Wahltaktik Mikolajczyks ist besonders anschaulich in Fragen hervorgetreten wie die Westgrenzen, die Nationalisierung der Industrie und die Bodenreform.

In ihrem Wahlauf Ruf spricht seine Partei sich für die Fixierung der polnischen Westgrenzen an der Oder, der Neiße und der Ostsee aus. Dieser Frontwechsel muß unweigerlich Erstaunen hervorrufen, wenn man berücksichtigt, daß die Presse dieser Partei sich noch vor kurzem gegen diese Grenzen ausgesprochen hat. Die Partei Mikolajczyks erklärt sich jetzt sogar für eine Anhängerin der Nationalisierung der Industrie. Es verlohnt jedoch, an die Abänderungsanträge zu dem Nationalisierungsgesetz zu erinnern, deren Annahme die Vertreter dieser Partei im Januar 1946 anstrebten, als die Krajowa Rada Narodowa das erwähnte Gesetz beschloß, Abänderungsanträge, die offensichtlich das Ziel verfolgten, diese höchst wichtige Maßnahme zum Scheitern zu bringen.

Es fällt schwer, an die Aufrichtigkeit des Aufrufes zur „raschesten Durchführung der Bodenreform“ zu glauben, wenn man berücksichtigt, welche Anstrengungen die Mikolajczykpartei aufgeboren hat, um diese Reform zu verunglimpfen.

Die polnische Presse hat im Juni v. J. einen Artikel von Wladimir Rzymowski veröffentlicht, der mit Mikolajczyk zusammen in der Emigration war. In diesem „Die Metamorphosen des Herrn Mikolajczyk“ überschriebenen Artikel heißt es:

„Die Wirklichkeit hat bestätigt, daß der ‚Londoner‘ Mikolajczyk — der Verbündete der Sosnkowski, Raczkiewicz, Anders, der Bewunderer Bor Komarowskis — sich nach seiner Ankunft in Polen nicht verändert hat. Die reaktionären Ideale und Ziele, die er in London anbetete, bleiben sein Leitstern auch in Polen. Die Metamorphosen des Herrn Mikolajczyk zeigen also einen unveränderlichen Zug: er war stets und bleibt auch jetzt in vollem Einvernehmen mit der inneren und ausländischen Reaktion.“

Der Wahlauf Ruf Mikolajczyks ist wieder einmal eine Metamorphose vom gleichen Schlage.

TRICKS DER IRANISCHEN REAKTIONÄRE

Nach dem ersten Weltkrieg, in der Zeit der ausländischen Interventionen gegen die Sowjetrepublik, verlangten die reaktionären Kreise Irans auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919, daß die südlichen Gebiete unseres Landes — Transkaukasien und ein Teil Mittelasiens — an Iran abgetreten würden.

Diese hirnverbrannte Forderung ist den iranischen Reaktionären bei Beginn des zweiten Weltkrieges wieder eingefallen. Aufgehetzt von den Agenten der deutschen Faschisten, nahmen sie ihre gegen die Sowjetunion gerichteten annexionistischen Fieberphantasien wieder auf. Bekanntlich sind nicht nur diese, sondern auch viele

andere Spekulationen der auf Deutschland orientierten iranischen Kreise zusammen mit dem hitlerfaschistischen Reich wie eine Seifenblase geplatzt.

Man sollte meinen, selbst die iranischen Reaktionäre hätten im Verlauf des Krieges und nach dem Kriege irgend etwas gelernt. Es fällt ihnen jedoch offenbar auch jetzt schwer, sich auf den Boden der Realität zu stellen.

Die reaktionäre Teheraner Zeitung „Mihan“ hat am 13. Dezember einen Artikel losgelassen, worin sie den Lesern versichert, der „ganze Kaukasus“ sei „nach Rasse, Blut und Sitten iranisches Land“, die Bevölkerung warte nur auf die lebenswürdige Einladung der iranischen Erzreaktionäre, um sich an Iran „anzuschließen“.

Diese ebenso unanständige wie unvernünftige Erklärung wurde von einigen anderen, nach Provokationen jagenden Teheraner Zeitungen aufgegriffen, die ihrerseits mit großem Tamtam auseinanderzusetzen begannen, es sei wirklich an der Zeit, der Sowjetunion den Kaukasus und Mittelasien abzunehmen. Einmal so hoch in ihren Träumen verstiegen, verloren sich einige der Teheraner Zeitungsgangster sogar in die Poesie. Die Zeitung „Khandeniha“ rief z. B. in einem Gedicht „Iran“ pathetisch aus:

„Wo ist dein Mittelasien?
Wo ist dein Kaukasus?“

Diese Eruption vielleicht bodenloser und phantastisch alberner, aber offen sowjetfeindlicher Auslassungen erfolgte selbstverständlich nicht zufällig. Die iranischen Reaktionäre spekulieren darauf, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der schweren inneren Lage des Landes ablenken zu können, besonders davon, was gegenwärtig in Iranisch Aserbaidshan geschieht, wo ja die barbarischen Blutgerichte gegen die progressiven und demokratischen Elemente die Empörung der breitesten Kreise der Öffentlichkeit hervorrufen.

Die reaktionären Teheraner Zeitungen bemühen sich auch, die Sympathien für die Sowjetunion zu erschüttern, von denen weite Kreise der iranischen Bevölkerung durchdrungen sind. Wir wollen jedoch hoffen, daß die vernünftigen Menschen in Iran begreifen werden, wie wenig diese aggressive Kampagne der Reaktionäre mit den nationalen Interessen des iranischen Volkes gemein hat. Denn die Erfahrung zeigt, daß alles, was zu einer Verschlechterung der sowjetisch-iranischen Beziehungen führt, nur geeignet ist, die internationalen Positionen Irans zu schwächen und seinen Staatsinteressen Schaden zuzufügen.

FASCHISTISCHE PICKNICKS IN SÜDAFRIKA

Feldmarschall Smuts hat sich in der Generalversammlung der UNO nicht wenig Mühe gegeben, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Südafrikanische Union zu lenken. Seine aggressiven Forderungen geben unwillkürlich dazu Veranlassung, sich einmal anzusehen, was in diesem Lande vorgeht. Die Tatsachen zeigen, daß einige der dort festzustellenden Erscheinungen zweifellos eine solche Aufmerksamkeit verdienen.

Französischen Pressemeldungen zufolge haben 60 000 frühere Frontkämpfer Südafrikas an die Regierung der Südafrikanischen Union eine Petition gerichtet, worin sie auf die Ereignisse in einer 75 Kilometer von Kapstadt entfernten bergigen Gegend hinweisen. In dieser mehr oder weniger isolierten Gegend werden höchst seltsame „Picknicks“ veranstaltet. Dort versammeln sich Gruppen von 30—40 Personen, die kurze Hosen, Hemden mit schwarzen Halsbinden und schwarze Kniestiefel tragen und sich mit militärischer Ausbildung befassen.

Nachdem die Lager für die in der Südafrikanischen Union internierten Deutschen liquidiert worden sind, werden halb-militärische Organisationen faschistischen Typs geschaffen. Einige der aus den Lagern entlassenen Deutschen sind auf die hohen Verwaltungsposten zurückgekehrt, die sie vor dem Kriege bekleidet haben, insbesondere in die Ministerien für das Post- und Telegraphenwesen und für Finanzen. Ihre Erklärungen, wonach sie aus den nationalsozialistischen Organisationen ausgeschieden sind, tragen einen ausgesprochen fiktiven Charakter. Die Frontkämpfer weisen in ihrer Petition darauf hin, daß diese Leute sich auch weiter in faschistischen und halbfaschistischen Organisationen betätigen.

Solche Organisationen stehen, wie man erfährt, in der Südafrikanischen Union in Blüte. Die wichtigste von ihnen zählt Zehntausende von Teilnehmern und nennt sich „Ossewabrandwag“. Ihr Ziel ist es, in Südafrika einen nationalsozialistischen Staat zu schaffen. Die Regierung beobachtet dieser Organisation gegenüber eine erstaunliche Milde. Die einzige Beschränkung ist das Verbot für Regierungsbeamte, in ihre Reihen einzutreten.

Eine andere halb-militärische Faschistenorganisation, die der „Grünhemden“, hat ihren Führer Weichhardt zurückerhalten, der kürzlich aus einem Interniertenlager freigelassen worden ist. Diese unterirdische Organisation bildet das Bindeglied zwischen anderen Vereinigungen und

arbeitet Instruktionen für die in Südafrika wohnhaften deutschen Faschisten aus. Man ist der Meinung, daß dieser Organisation mehrere hohe Staatsbeamte angehören, die gezwungen sind, ihre prodeutschen Ansichten und Sympathien zu verbergen. Die französische Zeitung „Franc-Tireur“ ist der Auffassung, diese Organisation verfüge zweifellos über Mittel und Wege, um mit den

„Werwölfen“ in Deutschland sowie mit den Deutschen in Argentinien Verbindung zu halten. Die Zeitung schreibt:

„Man kann sogar die Frage stellen, ob ihr nicht der Kriegswalutafonds zur Verfügung steht, den der hitlerfaschistische Staat vor Deutschlands Niederlage aus dem Lande geschafft hat.“

Eine durchaus nicht unbegründete Frage.

In Norwegen und Schweden

(Reisenotizen)

N. KRYMOWA

ALS unsere Delegation Norwegen Lebewohl sagte und nach Schweden aufbrach, sagten uns die Norweger:

„In Schweden ist's ganz anders als hier, da gibt es alles in Hülle und Fülle.“

Manche sagten das einfach, ohne einen Unterton von Neid, bei anderen aber klang eine gewisse Feindseligkeit gegen die Schweden durch. Die beiden von alters her durch Tradition, Sitten und Sprache miteinander verbundenen Länder haben in den letzten fünf Jahren ein verschiedenes Leben geführt. Die Norweger, die unter der deutschen Okkupation bitter zu leiden hatten und mutig gegen Terror und Gewalt ankämpften, konnten nur schwer ihre verwandtschaftlichen Gefühle für Schweden bewahren, das von seiner „Neutralität“ nicht wenig profitiert hat.

Schweden hat Norwegen in den schweren Kriegsjahren nur wenig geholfen. In der Unterhaltung mit uns kamen viele Norweger darauf zu sprechen, wie antifaschistische Flüchtlinge aus Norwegen in Schweden interniert, ins Gefängnis geworfen oder sogar an Deutschland ausgeliefert wurden.

Hieran war natürlich nicht das ganze schwedische Volk und nicht die fortschrittliche Öffent-

lichkeit Schwedens schuld, die sich für das geknechtete Norwegen einsetzte.

* * *

Ausländer, die Norwegen besuchen, sind entzückt von seinen Naturschönheiten, seinen Fjorden und Felsen, auf denen sich, scheinbar allen Naturgesetzen zum Trotz, üppiges Grün ausbreitet.

Das Landschaftsbild Norwegens ist das alte geblieben, jetzt nach dem Kriege ist jedoch ein Detail hinzugekommen: neue Friedhöfe. Letzte Ruhestätten der von deutschen Faschisten und Quislingeuten zu Tode gemarterten und erschossenen norwegischen Patrioten, und Friedhöfe, auf denen russische Kriegsgefangene ruhen. Die einen wie die anderen Friedhöfe stehen unter der besonderen Obhut des Volkes. Die russischen Kriegergräber tragen die Namen der Toten sorgfältig in russischen Buchstaben ausgeführt. Die Stadtverwaltungen setzen den gefallenen Freiheitskämpfern Denkmäler, ihre Gräber werden mit Blumen bepflanzt.

„Es ist unsere heilige Pflicht, die Gräber der russischen Soldaten zu pflegen“, sagen die Norweger, „sie haben Seite an Seite mit uns gekämpft, ihnen verdanken wir unser Leben.“

Auch jetzt noch hat Norwegen unter den schweren Folgen der deutschen Besetzung zu leiden. Wenn die Bevölkerung auch nicht, wie vor einem Jahr, Hunger leidet, so sind die Lebensmittel und Massenbedarfsartikel doch streng rationiert. Die wichtigsten Lebensmittel sind Fische — Schellfische, Flundern und Heringe — sowie Gemüse, also das, was das Land und seine Gewässer zu bieten haben.

Ende 1946 besuchte eine Gruppe von Sowjetintellektuellen die Hauptstädte sowie andere Großstädte Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands. Unter den Delegierten waren die Opernsängerin Wera Dawydowa und der Pianist Viktor Merschanow, der Schriftsteller Leonid Sobolew u. a. Wir veröffentlichen schwedische und norwegische Reiseeindrücke der Delegationsteilnehmerin Nina Krymowa. — Die Red.

Überall macht sich die Wohnungsnot fühlbar. Industriewaren sind in den Läden sehr rar. Nur Papierwaren sind in unbegrenzter Menge zu bekommen. Viele Fabriken sind zerstört, die Einrichtungen zahlreicher Betriebe nach Deutschland abtransportiert. Von den 1200 vorzüglich ausgerüsteten Handelsschiffen sind nur 465 übriggeblieben. Dabei hat ja die Schifffahrt in der Volkswirtschaft Norwegens eine sehr große Rolle gespielt.

Der Wiederaufbau der Industrie ist oft mit ganz eigenartigen Schwierigkeiten verbunden. So hat das Storting (Parlament) kürzlich beschlossen, in Mo an der Rana ein Hüttenwerk zu bauen und das Aluminiumwerk in Aardal zu erweitern, wogegen jedoch der britisch-kanadische Aluminiumtrust Einspruch erhob. Ein norwegischer Ökonom sagte uns hierüber:

„Wir haben natürlich nicht angenommen, daß die Inhaber der britisch-kanadischen Aluminiumwerke ruhig zusehen würden, wie wir eine selbständige norwegische Aluminiumindustrie aufbauen, haben aber nicht erwartet, daß sie sich so bald und so unverblümt einmischen würden.“

Seit der Befreiung des Landes sind über anderthalb Jahre verflossen, und doch stehen die Norweger noch ganz unter dem Eindruck dessen, was sie während der Okkupation durchgemacht haben. Jeder Norweger — sei er nun Fischer, Arbeiter, Bauer, Angestellter, Schriftsteller oder Künstler — glaubt, wenn er jemanden kennenlernt, in erster Linie mitteilen zu müssen, was er während der Okkupation getrieben hat. Er überreicht damit gewissermaßen seine Visitenkarte, auf der außer Namen und Beruf auch seine Teilnahme am Kampf gegen den Faschismus vermerkt ist.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter erzählte uns stolz, er habe seinen beiden Kindern, einem Mädchen und einem Jungen, zwei russische Worte beigebracht: „Sdrastwuj, Towarischtsch!“ Jeden Morgen gingen die Kinder zum Konzentrationslager und flüsterten diese Worte, um die Aufmerksamkeit der russischen Kriegsgefangenen auf sich zu lenken und ihnen heimlich etwas Eßbares aus den kargen Vorräten der Familie zuzustecken.

In Norwegen findet man jetzt kaum einen Menschen, der während des Krieges nicht mit Sowjetbürgern in Berührung gekommen wäre. Viele machten die Bekanntschaft von kriegsgefangenen Rotarmisten in Norwegen selbst oder in den Konzentrationslagern Deutschlands. Andere lernten Krieger der Sowjetarmee kennen, als sie Norwegen die Freiheit brachten. In den verschiedensten Bevölkerungskreisen hörten wir von dem Mut der Russen, von ihrer Kameradschaftlichkeit, von ihrem unerschütterlichen Glauben an den Sieg und von ihrer Standhaftigkeit sprechen.

In vielen norwegischen Häusern bewahrt man sorgsam von Russen empfangene Geschenke: kunstreich aus Stein oder Holz, aus einem Zahnbürstenstiel oder aus dem Überrest eines Aluminiumlöffels geformte Figürchen, Photographien, auf Papierfetzen niedergeschriebene Texte von russischen Liedern.

Es gibt natürlich auch in Norwegen Leute, die das Volk vergessen lassen möchten, was es während des Krieges gelernt hat. Charakteristisch für die Stimmung der Volksmassen, darunter auch der fortschrittlichen Intellektuellen, ist jedoch ein Brief, den unsere Delegation vor ihrer Abreise von einigen Norwegern erhalten hat. Sie schreiben:

„Wir haben kein Recht darauf, müde zu sein, die ‚gute‘ Vorkriegszeit herbeizusehnen (die übrigens gar nicht gut war), eigenbrötlerisch unsere kleinen Gärten zu bestellen, schöne Blumen zu ziehen und nur hie und da einmal die Nase über den Zaun zu stecken, um festzustellen, ob nicht irgendwo in der Welt eine Atombombe geplatzt ist. Wir haben kein Recht darauf, einzeln unseren schmalen Pfad zu gehen, wir müssen gemeinsam auf breiter Straße marschieren, wie wir es während des Krieges getan haben, als wir von Feinden umringt waren. Das Bewußtsein von der Existenz der Sowjetunion verleiht uns neue Kräfte. An diesem segensreichen Land besitzt der Fortschritt keinen schmalen Brückenkopf, sondern einen ganzen Kontinent als Rückhalt.“

* * *

Aus Norwegen, das in Gedanken noch immer im Kriege, bei den Opfern und Verlusten weilt, kamen wir nach Schweden, in ein Land ungetrübten Friedens und Wohlstands. Der Gegensatz war äußerst kraß. Zwar hat der Krieg auch hier seine Spuren hinterlassen. Die schönen Straßen Stockholms sind durch Brennholzstapel längs der Bürgersteige verunziert. Es gibt keine Kohle. Brot, Fleisch, Butter und Seife sind rationiert, obwohl hierfür keine allzu dringende Notwendigkeit besteht. Das erkennt man unter anderem auch daran, daß man sich nicht gar so streng an das Kartensystem hält. Im Verkaufsstand an der Ecke kann man Würstchen ohne Marken erstehen, nur für Brot muß man seine Marke abliefern. Hat man aber keine bei sich, so sagt der Verkäufer gewöhnlich: „Macht nichts, Sie können sie mir auch morgen bringen.“

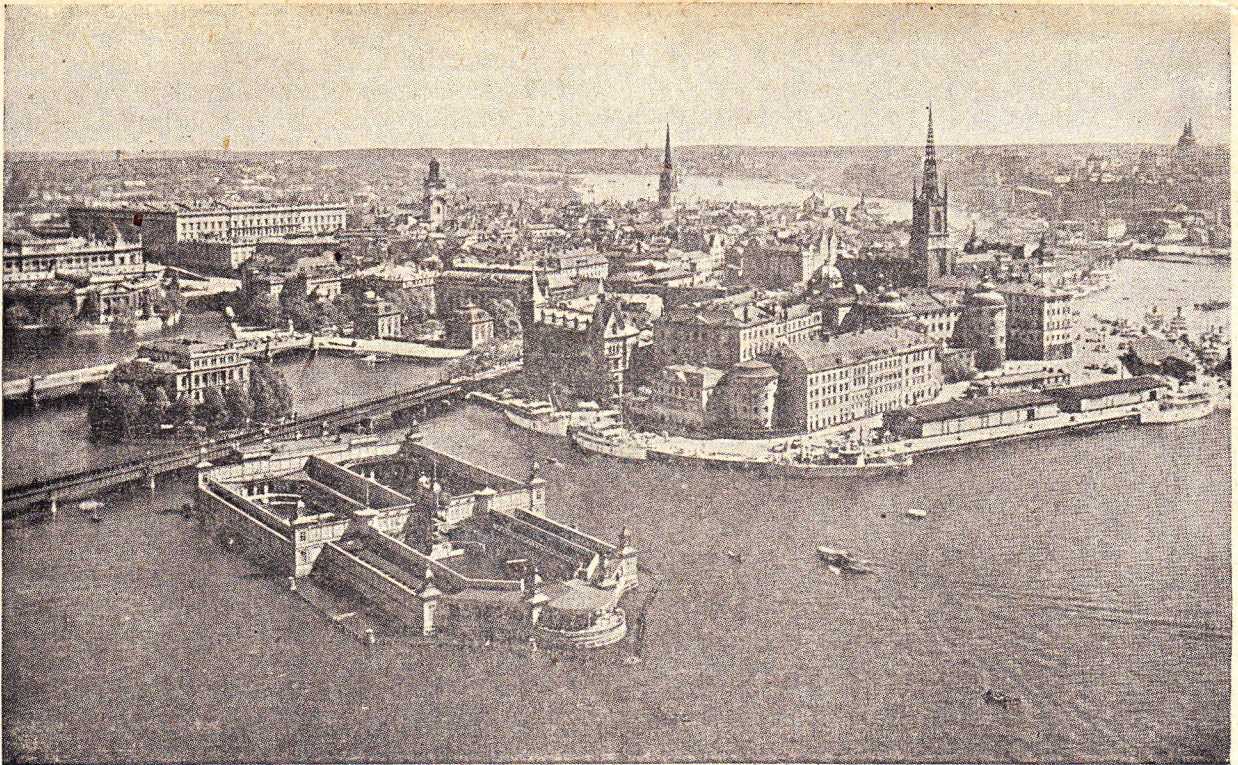
Stockholm gilt mit Recht als eine der schönsten Hauptstädte Europas. Schön sind seine nicht breiten Straßen mit den geschmackvoll dekorierten Schaufenstern, dem dichten, aber ziemlich lautlosen Strom der Autobusse und Kraftwagen, mit den zwei Hochhäusern, die zu beiden Seiten der Hauptstraße, der Kungsgatan, symmetrisch aufragen. Schön sind die zahlreichen Inseln und die Kanäle, die an verschiedenen Stellen die Straßenzüge unterbrechen. Schön ist der riesige Park im Stadtzentrum, der Skansen. Bis zu Anfang des 18. Jahrhunderts veranstaltete der

König hier seine Jagden. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist der Skansen Naturschutzpark, eine Art Museum der schwedischen Geschichte, Flora und Fauna. Hier sieht man altertümliche Bauern- und Herrenhäuser, wie sie für die verschiedenen Landesteile typisch sind, ferner Vierfüßler, Vögel und Pflanzen aus den einzelnen Provinzen. Im Sommer werden im Park Volksfeste veranstaltet, an denen die Besucher in Nationaltracht teilnehmen, Reigen tanzen und Volkslieder singen...

Im Herbst v. J. hielten zwei Ereignisse Schweden in Atem: die Stadtratswahlen und der Handelsvertrag mit der Sowjetunion. Auf Zäunen und Anschlagtafeln prangten bunte Plakate mit den Wahllosungen der Parteien. Auf den Plätzen fanden Wahlkundgebungen statt. In Göteborg, der zweitgrößten Stadt Schwedens, beobachteten wir eine interessante Einzelheit des Wahlkampfes. Als wir spätnachts in unser Hotel zurückkehrten, erblickten wir Leute, die an manchen Stellen wie Wachtposten auf und ab marschierten. Wir erfuhr, daß die Mitglieder der faschistischen Organisationen allnächtlich die Wahlplakate der Kommunistischen Partei herunterrissen, so daß die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei genötigt war, Nachwachen zum Schutz der Plakate aufzustellen.

Die Wahlen, die Mitte September v. J. stattfanden, brachten die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen zum Ausdruck. Die konservativste Partei, die sogenannte „högra“ verlor im Vergleich mit den 1944 durchgeführten Wahlen zur Zweiten Kammer des Riksdags 41 000 Stimmen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten gewannen 198 000 Stimmen. Überall hatte die Kommunistische Partei größere Wahlerfolge als früher, besonders auch in Stockholm. Sie hat jetzt 17 Sitze inne gegenüber 9 im Jahre 1942. Es ist zu berücksichtigen, daß bei dem schwedischen Wahlsystem den Kommunisten ihre Mandate „teurer“ zu stehen kommen als irgendeiner anderen Partei. Die Sozialdemokraten erhielten für je 2190 Stimmen ein Mandat, die bürgerlichen Parteien für je 2222 Stimmen, die Kommunisten aber für je 4000. Hätten die Kommunisten und Sozialdemokraten einen Wahlblock gebildet, so hätten sie noch so manches Dutzend Mandate hinzubekommen können.

Der Abschluß des Handelsvertrags mit der Sowjetunion ist in Schweden bekanntlich noch heute ein aktuelles politisches Thema. Während wir dort waren, wurde heftig dafür und dawider polemisiert. In breiten Kreisen der Öffentlichkeit, besonders unter den liberalen Intellektuellen



Blick auf Stockholm

und bei vielen Industriellen, fand der Vertrag vollen Anklang. Die reaktionären Industriekreise aber, besonders diejenigen, die mit den amerikanischen Monopolen in Verbindung stehen, traten von Anfang an gegen den Vertrag auf und tun es auch noch heute. Diese Kreise sind es offenbar auch, die immer wieder zu Verleumdungen gegen die Sowjetunion anstacheln. Hierbei sind in der Presse die Blätter der sogenannten Volkspartei, in erster Linie ihr Zentralorgan „Dagens Nyheter“, führend. Dieses Blatt prophezeit auch jetzt alle möglichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ja es sagt sogar eine Inflation und alle erdenklichen Übel voraus, die Schweden angeblich infolge der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion drohen. In manchen gegen den Vertrag ins Feld geführten Argumenten macht sich ziemlich deutlich der Versuch geltend, die Öffentlichkeit mit den Folgen zu schrecken, die die Offen von den USA zur Schau getragene Mißbilligung für Schweden nach sich ziehen könnte.

Die Kampagne hat jedoch ihr Ziel nicht erreicht. Die Vorteilhaftigkeit des Vertrags war zu augenfällig. Seine Verfechter wiesen mit Recht darauf hin, daß Schweden an Stelle der verlorenen Absatzmärkte einen neuen, stabilen und wachsenden Markt erhalte, was für das Land von großer Bedeutung sei. Beträgt doch der Export Schwedens gegenwärtig nur etwa die Hälfte des Vorkriegsexports, während der Import 80 Prozent ausmacht.

Ein Fabrikant äußerte sich im Gespräch mit unserer Delegation dahin, der Vertrag gebe Zehntausenden von Arbeitern Beschäftigung, der Handel mit der Sowjetunion werde sich günstig auf die Wirtschaft auswirken und die Wirtschaftskrise abschwächen, die man in Schweden wie in vielen anderen kapitalistischen Ländern mit Bangen kommen sieht. Die Bestätigung des Vertrags im Riksdag wurde in der schwedischen Öffentlichkeit als ein Sieg der vernünftig denkenden Kreise und als eine Niederlage der Reaktion gewertet.

Auf unserer Reise stellten wir fest, daß weite Schichten des schwedischen Volks sowie liberale Intellektuelle — Schriftsteller, Schauspieler und Musiker — sehr dazu neigen, in nähere Beziehungen zur Sowjetunion zu treten. Sie sind für eine Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu unserem Land. Die schwedischen Schriftsteller klagen über ihre mangelhafte Kenntnis der neueren Sowjetliteratur und Sowjetkunst, die sie in ihrem Schaffen als eine große Lücke empfinden. Die ins Schwedische übersetzten Bücher von Sowjetschriftstellern erfreuen sich eines großen Erfolgs. In den Schaufenstern der Buchläden sieht man Fadejews „Leningrad während der Blockade“, Gorbatows „Die Unbeug-

samen“, Wanda Wasilewskas „Regenbogen“ und „Einfach aus Liebe“ u. a.

Am populärsten von allen Sowjetschriftstellern ist in Schweden wohl Scholochow. Bei einem Treffen mit Intellektuellen sprach der bekannte schwedische Schriftsteller Ivar Lo-Johansson ausschließlich über Scholochows Werke. Er trat dafür ein, Scholochow als Kandidaten für den diesjährigen Literatur-Nobelpreis aufzustellen, und nannte den „Stillen Don“ das „größte Epos unserer Zeit“. Erik Blomberg, ein anderer prominenter Schriftsteller und Publizist Schwedens, veröffentlichte, veranlaßt durch die Aufstellung dieser Kandidatur, eine Anzahl Artikel über Scholochows Schaffen.

In der Unterhaltung sagten uns die Schriftsteller jedoch offen, daß Scholochow, bei all seiner Popularität in Schweden, wohl kaum auf den Nobelpreis rechnen könne.

„Es ist kaum zu hoffen, daß der Preis einem Sowjetschriftsteller zufallen wird“, sagte man uns, „solange in der Schwedischen Akademie Reaktionäre wie Sven Hedin und Frederick Böök sitzen.“

Ein Schriftsteller bemerkte hierzu noch:

„Leider haben die in der Akademie thronenden Mumien eine wahrhaft chinesische Mauer gegen die Sowjetkultur errichtet und lenken ihre Blicke nur nach Westen.“

Es hat sich gezeigt, daß sie recht hatten. Die Schwedische Akademie sprach den Nobelpreis dem deutschen Schriftsteller Hermann Hesse zu, der selbst nach dem Urteil objektiver deutscher Literaturhistoriker nicht gerade darauf präbendieren kann, Werke von Weltbedeutung geschrieben zu haben.

* * *

Schweden ist ein Land tiefgehender Widersprüche, wie sie auch für viele andere kapitalistische Länder charakteristisch sind. Hinter dem äußerlichen Wohlstand verbergen sich die üblichen Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft: die schwierige, ungesicherte Lage der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und der freien Berufe. Viele schwedische Schriftsteller erzählten uns, wie ausschließlich sie von den Verlegern und Verlagen abhängen, für die nicht der künstlerische Wert eines Buches, sondern die möglichst profitablen Absatzmöglichkeiten ausschlaggebend sind. Auch die politischen Sympathien, Beziehungen und Neigungen des Verlegers spielen eine Rolle. Bücher fortschrittlicher Verfasser werden strenger Zensur unterworfen und ihrer Schlagkraft beraubt. Viele dieser Schriftsteller werden einfach boykottiert.

Immer lauter ertönt der Protest gegen die Verlegerwillkür. Die Schriftsteller fordern eine Verbesserung ihrer Lebenslage; können doch unter

den bestehenden Verhältnissen nicht einmal hervorragende Literaten von ihrem Honorar leben. Sie verlangen die Schaffung eines Staatsverlags, zumindest aber eines Genossenschaftsverlags. Mit großem Interesse und nicht ohne Neid lauschten sie, als wir von den Millionenaufgaben der in der Sowjetunion erscheinenden Bücher und von den Bedingungen erzählten, unter denen die Sowjetschriftsteller schaffen.

Unter den Schriftstellern wie unter den demokratischen Intellektuellen überhaupt fiel uns eine charakteristische Erscheinung auf: sie schämen

sich sozusagen der „kühl egoistischen Politik“, die Schweden während des Krieges betrieben hat, und wünschen, daß ihr Land einen Weg einschlägt, der zu einer Festigung der Demokratie und einer selbständigen Außenpolitik führt. Dieser Wunsch entspricht zweifellos den Stimmungen der breiten Schichten des schwedischen Volkes.

Der herzliche Empfang, der unserer Delegation in Schweden bereitet wurde, läßt ebenfalls erkennen, daß das friedliebende schwedische Volk bestrebt ist, die freundschaftlichen Beziehungen zu unserem Land aufrechtzuerhalten.

Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen

EIN BERECHTIGTER PROTEST

Die dänische Zeitung „Information“ brachte am 30. Dezember v. J. einen Artikel von dem dänischen Journalisten Børge Outze unter der Überschrift „Der eiserne Vorhang“, der ein Abklatsch der in letzter Zeit von einigen englischen Zeitungen in Umlauf gesetzten Verleumdungen über die Lage in den baltischen Sowjetrepubliken war. Outze hatte dabei die Absicht, die dänischen Leser über die Sowjetpolitik in diesen Republiken irrezuführen und diese Politik zu diskreditieren. Er fand aber offenbar keinen Anklang, denn in einer späteren Nummer erschien ein Brief Jørgen Jacobsens, eines bekannten Juristen und Kämpfers der Widerstandsbewegung. Dieser Leser weist Outzes Lügenmärchen scharf zurück und schreibt:

„Sie haben da einen Artikel mit der Überschrift ‚Der eiserne Vorhang‘ geschrieben, in dem Sie gegen die eingebildete Isolierung der baltischen Sowjetrepubliken wettern. Ihr Artikel ist sowjetfeindlich und beruht zweifellos auf haltlosen Annahmen und ungenügenden Informationen... Eine Kritik, wie Sie sie üben, ist des Redakteurs einer Zeitung der Widerstandsbewegung nicht würdig. Der Ausdruck ‚eiserne Vorhang‘, dessen Sie sich bedienen, stammt von Goebbels.“

Dieselbe Nummer Ihrer Zeitung enthielt ein Interview mit Porphyrogenis, dem Leiter der griechischen

Widerstandsbewegung. Es wäre nur natürlich gewesen, wenn Sie im Zusammenhang mit diesem Interview einen Leitartikel über Griechenland veröffentlicht hätten. Sie aber haben es vorgezogen, einen antirussischen Propagandaartikel zu bringen, der gelinde gesagt völlig unbegründet ist. Erst ganz kürzlich haben Sie sich mit der angeblichen ‚Verschleppung deutscher Arbeiter in die Sowjetunion‘ blamiert, aber Sie fahren trotzdem fort, derartige Artikel zu schreiben. Warum eigentlich?“

Die Entrüstung dieses Lesers der dänischen „Information“ über Outzes Verleumdungen können wir nur teilen und sind gern bereit, ihm bei der Suche nach einer zumindest allgemeinen Antwort auf seine empörte Frage, warum immer wieder solche Artikel geschrieben werden, behilflich zu sein.

Solche Artikel erscheinen und werden auch weiter erscheinen, solange es Kreise gibt, die einen dauerhaften Frieden und eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Nationen nicht wollen und alles tun, um Haß und Argwohn unter den Völkern zu säen. Diesen reaktionären Kreisen ist die Friedenspolitik der Sowjetunion und daher auch das Sowjetland selbst ein Stein des Anstoßes, und sie werben uermüdet dienstbereite Hände, um die Verleumdungen gegen unser Land in die Presse zu lancieren.

GEOGRAPHIE A LA KAIRO

Wie man weiß, sind gewisse Kreise in England über die Entwicklung der demokratischen Bewegung in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, die besonders seit Kriegsende zuge-

nommen hat, schwer beunruhigt. Um nun dieser Bewegung das Wasser abzugraben und die politischen Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung zu rechtfertigen, bezeichnen sie das Streben der

Volksmassen nach demokratischen Umgestaltung als „Umtriebe Moskaus“.

Zur Verbreitung derartiger Lügen werden auch in manchen arabischen Zeitungen entsprechende Kräfte aufgeboten. So brachte die in Kairo erscheinende Zeitschrift „Al Mussawer“ einen Artikel mit der sensationellen Schlagzeile: „Was will Rußland im Nahen Osten?“ Den Verfasser, einen gewissen Samir Schuaki, hat seine Phantasie im Stich gelassen, und so wiederholt er denn die alten abgedroschenen Märchen von der „kommunistischen Propaganda“, die angeblich „den ganzen Nahen Osten überschwemmt und sich in Ägypten und anderen arabischen Ländern sehr unangenehm bemerkbar gemacht hat“.

Er verläßt sich darauf, daß seine Leser mit der Geographie auf dem Kriegsfuß stehen, und verlegt die Grenze der Sowjetunion nach Belieben. Die Ägypter schreckt er mit der Fiktion, die Russen hätten jetzt „im Irak die Grenze der ara-

bischen Welt erreicht“ und sogar „die Türkei eingekreist“.

Der ägyptische Leser kann sich mühelos davon überzeugen, wie Samir Schuaki ihn zum Narren hält. Er braucht sich zu diesem Zwecke nur eine ganz gewöhnliche Landkarte anzusehen.

Liest man das Ende seines Artikels, dann geht einem plötzlich ein Licht auf, welche Motive den Verfasser in Wirklichkeit leiten. In Beantwortung der Frage, die er selbst in der Überschrift seines Artikels stellt, schreibt er, die Sowjetunion wolle

„sich eine Einflußzone von Persien bis zum Mittelmeer schaffen, die die Sicherheit aller jetzt unter englischem Einfluß stehenden Länder des Nahen Ostens bedrohen wird“.

Es zeigt sich also, daß Samir Schuaki gegen fremdländischen Einfluß in den Ländern des Nahen Ostens an sich nichts einzuwenden hat. Er ist jedoch um den englischen Einfluß in diesen Gebieten besorgt, höchstwahrscheinlich aber am meisten um seine englischen Honorare..

ZWEI KANADISCHE MINISTER UND IHR STECKENPFERD

Mr. Drew, der Regierungsvorsitzende der kanadischen Provinz Ontario, läßt regelmäßig Verleumdungen gegen die Sowjetunion vom Stapel, worüber in der „Neuen Zeit“ bereits berichtet wurde. Dieser Herr hat sich auf die Verleumdung unseres Landes spezialisiert. Anscheinend aber kann Drew es nicht allein schaffen, ein so großes Land wie das unsere mit Schmutz zu bewerfen, und so hat er in letzter Zeit Gehilfen gefunden. Mit gleichartigen Reden tritt auch Maurice L. Duplessis — der Regierungsvorsitzende der kanadischen Provinz Quebec — hervor, ferner ein ehemaliger „Hoher Kommissar“ (High Commissioner) von Kanada in England, ein Mr. Massey.

Massey hat eine Tournee durch Kanada unternommen und betet in Versammlungen und Kundgebungen überall das gleiche Sprüchlein her. In Winnipeg, Vancouver, Halifax und anderen Städten versichert er den Zuhörern, es sei schwer, Vereinbarungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion zustande zu bringen, und fährt fort:

„Die Sowjetunion hat sich in eine eisenstarrende Isolierung zurückgezogen... Fast in jedem Lande betätigt

sich die Kommunistische Partei jetzt als fünfte Kolonne im Auftrag Moskaus...“

In seiner Rede in Winnipeg machte er jedoch ein interessantes Geständnis, das den Sinn seiner eigenen Tätigkeit so recht erkennen läßt. Er sagte, jeder, der in provokatorischem Sinne über Rußland spreche, wecke den Argwohn der Russen und erschwere dadurch den Staatsmännern ihre Aufgabe ganz bedeutend.

Das ist es ja gerade, wonach manche kanadische Provinzoberhäupter sowie einzelne kanadische Zeitungen streben. So bringen es z. B. „Financial Post“ und „Telegram“ (Toronto) sowie „Star“ und „Gazette“ (Montreal) fertig, sich tagtäglich unter den verschiedensten Vorwänden Lügenmärchen aus dem Finger zu saugen und stets neue Provokationen gegen die Sowjetunion zu veröffentlichen.

Diese Hetze richtet sich nicht nur gegen unser Land. Man nimmt dabei eigentlich den Völkerfrieden aufs Korn. Aber was geht der Friede diese Hetzer an? Für sie sind ja nicht die Interessen der Völker maßgebend, sondern die eigennützigen Bestrebungen kleiner Cliquen.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE:

Die Weltschiffahrtsstraßen und die internationalen Beziehungen

K. SERJOSHIN

DAS IN PARIS erschienene Buch von Professor André Siegfried „Der Sueskanal, der Panamakanal und die Weltschiffahrtsstraßen“* behandelt die Geschichte des Kampfes um die Beherrschung der Weltverkehrswege. Es schildert ausführlich den Bau des Sueskanals und des Panamakanals sowie die Bedingungen, unter denen diese international wichtigen Seewege der Schifffahrt und dem Handel dienstbar gemacht werden.

André Siegfried ist Mitglied der Französischen Akademie sowie der Akademie für humanitäre und politische Wissenschaften, er hat ökonomische und politische Forschungsarbeiten über die angelsächsischen Länder veröffentlicht und ist ein weitgereister Mann. Seine Beobachtungsgabe und sein Talent, das Gesehene lebendig zu schildern, machen den erzählenden Teil seines Buches äußerst interessant. Aber trotz seiner Beobachtungsgabe, trotz des umfangreichen Tatsachenmaterials und der statistischen Angaben, die er heranzuziehen versteht, gelangt er nicht zu den richtigen Ergebnissen und allgemeinen Schlüssen.

Mit aller Entschiedenheit rechtfertigt er die Anwendung imperialistischer Methoden in den Beziehungen zwischen den Völkern. Er predigt die verlogene Theorie der „Überlegenheit“ einiger „auserwählter“ Nationen und verteidigt daher auch die sogenannte zivilisatorische Mission der Engländer in Ägypten und die der Nordamerikaner in Panama. Dann wieder verkündet er, die kleinen Länder besäßen kein inneres Potential für eine selbständige fortschrittliche Entwicklung, sie seien nicht imstande, ihre Wirtschaft aus eigener Kraft, ohne Einmischung von außen, zu lenken.

Das Problem der Schifffahrtswege beleuchtet A. Siegfried ebenfalls von diesem Standpunkt aus. Seine Hauptthese lautet, die „großen Nutznießer“ (wie, sagen wir, Großbritannien), die von den Weltschiffahrtswegen Gebrauch machen, müßten in den an diese Wege grenzenden Ländern „politischen Einfluß“ ausüben.

Als durchaus naturgegeben betrachtet er „die eine dynamische Strömung bildende Bewegung der Expansion, des Vordringens und der Eroberun-

gen, der dann, seien es Handelsexpeditionen, seien es Auswandererströme, seien es bewaffnete Invasionen folgen“. Die „Freiheit der Meere“ faßt er als Hegemonie über die Meere auf. Die internationalen Beziehungen bei der Lösung von Weltverkehrsproblemen stellt er sich als eine Art Kriminalroman mit Intrigen, Abenteuern und im Hinterhalt lauernden Gegnern vor... Er hält derartige Zustände, die „zweifelloso mächtigeren Gesetzen unterliegen, als der Mensch in seinem Hochmut annimmt“, für unabänderlich.

Das Interessanteste und Wertvollste an diesem Buch sind aber gerade die darin geschilderten Tatsachen. Durch das sehr sorgfältig zusammengetragene dokumentarische Material wird Siegfrieds Buch zu einer Anklageschrift gegen die imperialistische Clique, die sich hartnäckig an diejenigen Punkte des Erdballs klammert, die sie bereits beherrscht und die als Knotenpunkte des Verkehrsnetzes zwischen den Kontinenten und Völkern gelten können.

Siegfrieds Buch besteht aus zwei Teilen, der erste behandelt den Sueskanal, der zweite den Panamakanal.

* * *

Siegfried beginnt mit der Geschichte des Sueskanals zwei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung. Der Kanal wurde auf den Gebeinen von Sklaven erbaut (unter Pharao Necho allein fielen 120 000 Sklaven „auf ihrem Posten“); er wurde im Jahre 776 unserer Zeitrechnung von dem Abbasidenkalifen Abe-Dschafar-el-Mansur gesperrt, als er die aufständischen Städte Mekka und Medina zu blockieren beschloß. Erst im 16. Jahrhundert, als das kapitalistische Zeitalter anbrach, tauchten Projekte zur Wiedereröffnung des Kanals auf. Diese Perspektive reizte sowohl den katholischen Klerus als auch die venezianischen Patrizier, die französischen Materialisten ebenso wie die türkischen Paschas. Saint-Simon nimmt in sein Programm, mit dessen Hilfe er die menschliche Gesellschaft umzugestalten gedenkt, die Idee auf, den Sueskanal und den Panamakanal zu bauen.

Im Jahre 1846 wird in Paris eine Studiengesellschaft für den Sueskanal gegründet. Fortschritt-

* „Suez, Panama et les routes maritimes mondiales“ par André Siegfried, Librairie Armand Colin, Paris 1945.

liche Denker erklären Anfang des 19. Jahrhunderts durch den Mund Lamartines, der Sueskanal werde sehr viel zur Annäherung der Völker beitragen. Hierüber heißt es:

„... Das Mittelmeer, dieser große nicht französische, sondern europäische oder vielmehr internationale See soll wieder zum Schauplatz und zum Werkzeug eines unendlichen Austausches von Waren und Ideen werden. Schließlich ... soll das große indische und chinesische Reich, die uns durch den Sueskanal und die Entdeckung der Dampfkraft nähergerückt sind, .. über Kleinasien und Afrika sich wieder mit Europa vereinen und so die große Einheit des Universums bilden helfen.“ (S. 37/38.)

Am 30. November 1854 setzte Ferdinand de Lesseps, ein französischer Exkonsul, bei seinem Freund, dem ägyptischen Vizekönig Mohammed Said, ein Firman durch, worin ihm die Gründung einer Universellen Gesellschaft zur Durchstechung der Sueslandenge und die Ausbeutung des Kanals in Form einer persönlichen Konzession gestattet wurde. (Der Konzessionsvertrag wurde 1856 unterzeichnet.) De Lesseps, ein Vetter der Kaiserin von Frankreich, fand bei der französischen Regierung weitgehende Unterstützung. Am meisten widersetzte sich England dem Bau des Kanals. Der englische Botschafter in Konstantinopel verlangte vom Sultan, er solle bis zur Entscheidung dieser Frage durch die englische Regierung von der Ratifizierung des Konzessionsvertrags Abstand nehmen. Lord Palmerston nahm eine äußerst feindliche Haltung ein. Er befürchtete, die Kontrolle über die nach Indien führenden Wege könne in die Hände einer anderen Macht übergehen, und legte den Urhebern des Projekts Betrug und einen Anschlag auf die Integrität der Türkei zur Last. Siegfried schreibt hierüber:

„So läßt der britische Staatsmann, wie es sooft geschieht, die wahren Gründe seiner Opposition im Dunkeln.“ (S. 44.)

De Lesseps setzte schließlich die Bestätigung der Universellen Gesellschaft des Sueskanals (Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez) durch und legte Aktien auf. Der Verfasser bringt hier einige Einzelheiten, die recht pikant sind. Das Grundkapital dieser Gesellschaft bestand in der Hauptsache aus französischen und ägyptischen Einlagen. England, die USA und einige andere Mächte lehnten es ab, sich am Bau des Kanals zu beteiligen, noch mehr, die englischen Agenten in Ägypten gaben sich alle Mühe, die bereits begonnenen Arbeiten zu hintertreiben. Siegfried übergeht geflissentlich die Teilnahme des ägyptischen Volkes am Kanalbau und schildert nur die allmähliche Umwandlung Ägyptens in ein bloßes Anhängsel des Kanals. Er ist der Ansicht, Ägypten und das ägyptische Volk hät-

ten mit dem Kanal überhaupt nichts zu tun. De Lesseps' Rolle aber schätzt Siegfried sehr hoch ein. Er schreibt:

„Er war es, der den Kanal geschaffen hat, er ist die Verkörperung des Kanals, der Schöpfer einer neuen Weltstraße. Er ist der Inspirator, der eine Sache erdenkt, ins Werk setzt und ausführt...“ (S. 49.)

Es ist tatsächlich unbestreitbar, daß de Lesseps ein hervorragender kapitalistischer Neuerer und ein Mann mit großer Energie und Willenskraft war. Zur Steuer der Wahrheit muß man jedoch sagen, daß der Sueskanal nicht nur auf ägyptischem Boden erbaut wurde, sondern daß Ägypten auch sonst einen gewichtigen Beitrag zur Schaffung des Kanals geleistet hat: er ist nämlich von Ägyptern gebaut worden. Es ist die größte Ungerechtigkeit, daß die imperialistischen Mächte Ägypten in ein „Land am Sueskanal“ verwandelt haben.

Die am 25. April 1859 begonnenen Arbeiten wurden am 15. August 1869 mit der Vereinigung des Mittelmeers und des Roten Meers abgeschlossen. Am 17. November desselben Jahres wurde der Kanal feierlich eröffnet. Für jene Zeit bildete er ein hervorragendes technisches Bauwerk. Seine Länge beträgt etwa 173 km, seine Besonderheit besteht darin, daß er keine Schleusen hat. Der Kanal durchschneidet eine Anzahl von Seen. Am Ufer des Timsahsees liegt das Verwaltungszentrum des Kanals, die Stadt Ismailije, die zugleich mit dem Kanal herangewachsen ist. Anfangs, d. h. 1869, war der Kanal nur bis zu 22 m breit, jetzt erreicht sein Bett stellenweise eine Breite von 60—75 m, seine Oberfläche 120—150 m. Zum Passieren des Kanals benötigen die Schiffe jetzt höchstens 12—13 Stunden, Tag und Nacht ist er für den Verkehr geöffnet. Allerdings muß, wenn zwei Schiffe sich begegnen, das eine der beiden anlegen.

Die Universelle Gesellschaft des Sueskanals, die Inhaberin der Konzession, hat ihren Sitz in Paris und wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aus 19 Franzosen, 10 Engländern, 2 Ägyptern und 1 Holländer besteht. Der Löwenanteil der Aktien gehört der englischen Regierung. Sie hält die Zone des Kanals besetzt, ihre Truppen sind im gesamten Nahen Osten disloziert, und sie ist daher die wahre Herrin des Kanals.

Das englische Kapital und die englische Regierung haben den Kanal gleich nach seiner Eröffnung mit Beschlag belegt.

Siegfried sagt fast nichts darüber, wie Ägypten in den Netzen von Auslandsanleihen gefangen und durch sie geknechtet wurde. Er beschränkt sich darauf festzustellen, wie „geschickt“ die englische Regierung sich die finanziellen Schwierigkeiten des ägyptischen Khediven Ismail und die

Unentschlossenheit der französischen Regierung zunutze gemacht hat.

In Frankreich rief die „Geschicklichkeit“ der englischen Regierung keine geringe Entrüstung hervor.

!! Im Jahre 1882 besetzten englische Truppen Ägypten. So ganz nebenbei bemerkt A. Siegfried:

„Seitdem England Ägypten militärisch besetzt hält, zeigt es immer weniger Interesse an der Integrität des Osmanischen Reiches.“ (S. 59.)

Dieser eigenmächtige Akt der britischen Regierung löste bekanntlich in einer Reihe von Ländern lebhafte Opposition aus. Die hierauf einsetzenden Verhandlungen führten zum Abschluß der Sueskanalkonvention, die 1888 in Konstantinopel unterzeichnet wurde und die, trotz des Einspruchs von englischer Seite, den Kanal zu einem internationalen Schifffahrtsweg erklärte. Dem Sinn der Konstantinopeler Konvention nach steht der Kanal den Schiffen aller Flaggen in Friedens- und Kriegszeiten offen. Während eines Krieges sind Kriegshandlungen weder auf dem Kanal selbst noch in einer Dreimeilenzone an beiden Ufern erlaubt. Die Konvention ist zeitlich nicht an die Frist der Konzession gebunden, sie hat unbegrenzte Gültigkeit. Aber sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg war England am Kanal faktisch tonangebend.

Siegfried schildert weiterhin in allen Einzelheiten, wie nach der Besetzung Ägyptens der Sueskanal aus einem internationalen in einen englischen Schifffahrtsweg verwandelt wurde.

Der englisch-ägyptische Vertrag von 1936 erklärte den Sueskanal zum ägyptischen Territorium gehörig und gliederte ihn gleichzeitig in das Verkehrssystem des Britischen Reiches ein. Der Vertrag verlieh auch dem Aufenthalt britischer Truppen in der Zone des Kanals Gesetzeskraft. Damit wurde das Prinzip der Neutralität des Kanals, in erster Linie zum Nachteil der Souveränität Ägyptens, offen verletzt.

Interessant ist der Teil des Buches, der die Lage am Sueskanal vor Kriegsausbruch schildert. Die englischen Schiffe, die früher drei Viertel des den Kanal passierenden Schiffsraums bildeten, machen heute nur die Hälfte dieses Schiffsraums aus. Dagegen ist der Schiffsverkehr anderer Länder im Zunehmen begriffen. Diese Angaben zeigen, welche Rolle der Kanal als wichtigste Verkehrsader spielt, an deren reibungslosem Funktionieren alle Länder interessiert sind.

* * *

Der zweite Teil des Buches behandelt den Panamakanal. Die Geschichte seiner Entstehung zeigt eine Einzelheit, die auch der Geschichte des

Sueskanals fast in genau derselben Form eigen ist. Die USA und England waren anfangs entschieden gegen den Bau. Erst als 1902 die Versuche von Europäern, den Kanalbau in Angriff zu nehmen, gescheitert waren, erhielt die USA-Regierung in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung imperialistischer Tendenzen in Nordamerika die Einwilligung des Kongresses, die Konzession des Interozeankanals anzukaufen.

Die amerikanischen Diplomaten machten sich gewisse außenpolitische Schwierigkeiten der englischen Regierung zunutze und arbeiteten auf eine Lösung des 1850 abgeschlossenen Vertrags hin, laut welchem der gemeinsame Bau des Kanals durch beide Staaten in Aussicht genommen war und der Kanal unter dem Protektorat beider Mächte stehen und neutral sein sollte. Durch den am 18. November 1901 unterzeichneten neuen Vertrag mit England erhielten die USA das Monopol auf den Bau des Kanals und das Recht, im Kriegsfall den Kanal für feindliche Schiffe zu sperren.

Die Regierung der Republik Kolumbien, auf deren Territorium der Kanal angelegt werden sollte, zeigte nicht die den USA erwünschte Bereitwilligkeit. Am 12. August 1903 lehnte der Senat von Kolumbien einstimmig den Entwurf des Vertrags ab, der mit den USA über den Kanal abgeschlossen werden sollte. Da flammte am 3. November desselben Jahres in der Stadt Panama eine sogenannte Revolution auf. Die freigebig bezahlte Garnison unterstützte die Aufständischen, im Hafen von Colon lief der amerikanische Dampfer „Nashville“ ein, und Panama wurde im Handumdrehen zur „unabhängigen Republik“ erklärt, die bereits am 13. November von der USA-Regierung als solche anerkannt wurde.

Die Regierung der neugebackenen Republik unterzeichnete unverzüglich den Vertrag mit den USA und räumte ihnen als Gegendienst für die Garantie der Unabhängigkeit der Republik Panama souveräne Rechte in einer Zehnmeilenzone ein, die sich von einem bis zum andern Ende des Kanals erstreckt.

So trat die USA-Regierung die Herrschaft über den Panamakanal an.

Der Bau wurde unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg fertiggestellt. Technisch schätzt A. Siegfried den Panamakanal sehr hoch ein. Der Kanal ist (von einer Küste zur andern) 68 km bzw. 81 km lang, wenn man die See-Einfahrten an beiden Enden hinzurechnet. Sein Bett ist 91 m breit, seine Minimaltiefe beträgt 12,19 m. Der Tiefgang der Schiffe darf 11,27 m nicht übersteigen. 17 000 Schiffe im Jahr, d. h. durchschnittlich 48 Schiffe pro Tag, können den Kanal passieren. !!

Zum Unterschied vom Sueskanal besitzt der

Panamakanal eine Reihe glänzend mechanisierter Schleusen, der Verkehr ist nur tagsüber und unter Einhaltung großer Vorsichtsmaßregeln gestattet, damit die Anlagen nicht beschädigt werden. Die 305 m langen Schleusen können jedoch den modernen Ozeangiganten keinen Durchlaß bieten, mit ihrer Breite von 33,50 m sind sie für die großen Flugzeugmutterschiffe der amerikanischen Flotte unpassierbar.

Vor dem Kriege hatte die USA-Regierung beschlossen, ein drittes System von Schleusen neben den beiden schon bestehenden anzulegen, das speziell den modernen Kriegsschiffen Durchlaß bieten soll. Siegfried weist darauf hin, daß die USA-Regierung sich beim Bau des Kanals nicht in erster Linie von wirtschaftlichen Motiven leiten ließ. Er schreibt:

„So groß der ökonomische Wert des Panamakanals auch sein mag, es sind dennoch nicht kommerzielle Gründe, die die USA veranlaßt haben, ihn zu bauen ... es waren vor allem Gründe politischer oder, genauer gesagt, militärischer Natur...“ (S. 270.)

Die gesamte Zone des Kanals ist faktisch militarisiert. Überall sind Festungen angelegt, auf den Inseln sieht man Befestigungsanlagen und starke Batterien. Längs der Ufer gibt es zahlreiche Militärlager und Garnisonen. Außerdem besitzt der Kanal noch eine eigene, ständige, ziemlich starke Garnison sowie eigene Fliegerverbände. Für diese Streitkräfte baut die Kanalverwaltung Rollbahnen, Kasernen, Verkehrsmittel, Lazarette, Schulen und Klubs. In Balboa hat ein Geschwader seinen ständigen Stützpunkt. In Cristobal gibt es einen anderen Stützpunkt für U-Boote und Amphibienflugzeuge. Alljährlich hält die amerikanische Flotte auf dem Panamakanal umfangreiche Manöver ab.

„Starke Batterien schwerer Geschütze am Ufer und auf den kleinen dem Ufer nächstgelegenen Inseln können die beiden Einfahrten in den Kanal unter Kreuzfeuer halten...“ (S. 270/71.)

Und weiter:

„In der Vorstellung der amerikanischen Regierung zieht sich die Zone, die als Zugang zur Neuen Welt überwacht werden muß, nicht nur bis zu den Azoren, sondern sogar bis Dakar, bis Gibraltar, bis zu den Gewässern Westeuropas hin.“ (S. 275.)

Das Schiffsregime auf dem Kanal zeigt, wie Siegfried schreibt, „keine Spur von Inter-

nationalismus“. Dementsprechend gestalten sich auch die Beziehungen der USA zu den Nachbarländern des Kanals. Er schreibt:

„Es existiert also ... eine Kontrolle über die Außenpolitik Panamas, die an ein Protektorat erinnert.“ (S. 234/35.)

* * *

Die Anlegung der großen Kanäle hat die Entwicklung des Weltverkehrs und des Welthandels gefördert. Da sie aber in die Epoche des Imperialismus fiel, so tragen die Kanäle den Stempel des Kampfes und der Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten, die sie in ein Werkzeug ihrer egoistischen Interessen, in ein militärisches und wirtschaftliches Druckmittel gegen andere Länder verwandelt haben. Unter den heutigen Verhältnissen stellt sowohl der Sueskanal als auch der Panamakanal eine Waffe des angelsächsischen Blocks im Kampf um die Weltherrschaft dar.

Hiergegen ist eine machtvolle Protestbewegung vor allem in den Ländern entstanden, die infolge der Herrschaft der imperialistischen Großmächte über den Sueskanal und den Panamakanal ihre Selbständigkeit eingebüßt haben.

Die in A. Siegfrieds Buch angeführten Tatsachen bringen einiges Licht in die vor unbefugten Blicken so sorgfältig gehüteten Zustände.

Viele Staaten sind am Sueskanal und am Panamakanal interessiert. Vertritt man aber das Prinzip der „gleichen Möglichkeiten“, so müßte man es vor allem hier zur Anwendung bringen.

Die Debatten über den Sueskanal und den Panamakanal als wichtigste Weltverkehrsstraßen werden zweifellos einen anderen Charakter tragen als die Diskussionen, die kürzlich über andere Wasserwege stattgefunden haben. Bilden doch der Sueskanal und der Panamakanal, zum Unterschied, sagen wir, von der Donau oder von den Dardanellen, die nur für die Staaten an ihren Ufern lebenswichtig sind, durch ihre geographische Lage und ihren Charakter von jeher wahrhaft internationale Verkehrsadern, die den Ländern und Völkern in den verschiedensten Erdteilen zu Diensten stehen. Die Lebensinteressen dieser Völker erfordern, daß auf dem Sueskanal und auf dem Panamakanal ein wirklich internationales Regime eingeführt wird.

26. Dezember

In London und Newyork wird eine Mitteilung veröffentlicht, wonach den amerikanischen Erdölfirmen Standard Oil of New Jersey und Sokony Vacuum Oil Company bedeutende Anteile an der Ausbeute der Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft überlassen werden.

Die französische Presse veröffentlicht einen Aufruf von Hoschening, dem Regierungshaupt von Vietnam, an den französischen Ministerpräsidenten Léon Blum, mit dem Vorschlag, den französisch-vietnamschen Konflikt friedlich beizulegen.

27. Dezember

In Moskau wird ein Handelsabkommen zwischen der UdSSR und Norwegen unterzeichnet.

Note der polnischen Regierung an die Regierung Englands, in der, dem Potsdamer Abkommen entsprechend, die Rückgabe des Eigentums der früheren polnischen Streitkräfte im Westen gefordert wird. Von der polnischen Regierung wird zur Regelung dieser Frage die Bildung einer Kommission aus englischen und polnischen Vertretern vorgeschlagen.

28. Dezember

A. A. Gromyko, der Sowjetvertreter im Sicherheitsrat, übersendet dem UNO Generalsekretär Trygve Lie den Vorschlag der Sowjetunion, eine Kommission zur Vorbereitung von Maßnahmen zu bilden, um die von der UNO Generalversammlung beschlossene Resolution über die allgemeine Regelung und Einschränkung der Rüstungen zu verwirklichen.

Unterzeichnung eines polnisch-amerikanischen Abkommens über die Rückgabe des zu Beginn des Krieges von der USA Regierung sequestrierten Goldes und der persönlichen Guthaben in Höhe von 28,4 Millionen Dollar an Polen.

Veröffentlichung eines Communiqués über die Sitzverteilung im Rat der französischen Republik. Die Kommunistische Partei und die ihr nahestehenden Gruppen erhalten 78 Sitze, die Volksrepublikanische Bewegung (Mouvement Républicain Populaire=MRP) einschl. der ihr nahestehenden Gruppen 73, die Sozialistische Partei 37 Sitze.

29. Dezember

In den USA vereinigen sich das Landeskomitee für politische Betätigung der Staatsbürger (National Citizens' Political Action Committee)

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Dezember 1946—Januar 1947

und das Unabhängige Bürgerkomitee der Künstler und Wissenschaftler (Independent Citizens' Committee of Arts and Sciences Professions) zu einer neuen Organisation der Fortschrittlichen Bürger Amerikas.

30. Dezember

Der Ministerrat der UdSSR ernannt A. A. Gromyko zum stellvertretenden Außenminister der UdSSR.

A. A. Gromyko, der Sowjetvertreter im Ausschuss für Kontrolle der Atomenergie, schlägt in der Ausschusssitzung vor, die von der UNO-Generalversammlung am 14. Dezember beschlossene Resolution über die Prinzipien für die allgemeine Regelung und Einschränkung der Rüstungen zur Grundlage der Ausschusssarbeiten zu nehmen.

31. Dezember

Rede A. A. Gromykos in der Sitzung des Sicherheitsrats zur Begründung des Sowjetvorschlages über die Verwirklichung der Resolution der UNO-Generalversammlung betreffend die allgemeine Regelung und Einschränkung der Rüstungen.

Veröffentlichung einer Mitteilung über den Abschluß eines englisch-amerikanischen Abkommens betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Militärflugwesens.

Eintreffen des norwegischen Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters Hans Christian Berg in Moskau.

Veröffentlichung der Proklamation Trumans über den offiziellen Abschluß der Periode der Kriegshandlungen des zweiten Weltkrieges. Die außerordentlichen Regierungsvollmachten treten außer Kraft.

Herstellung von diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Siam.

1. Januar

An Stelle von Holland, Mexiko und Ägypten, deren Vertreter auf ein Jahr in den Sicherheitsrat gewählt worden waren, treten Belgien, Kolumbien und Syrien in den Rat ein. Gleichzeitig nehmen Belgien, Kolumbien und Syrien auch die bisher von

Holland, Mexiko und Ägypten im Ausschuss für Kontrolle der Atomenergie innegehabten Sitze ein.

Inkrafttreten des englisch-amerikanischen Abkommens über die wirtschaftliche Vereinigung der englischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland.

In Nanking und anderen Städten werden auf studentischen Massenmeetings Protestresolutionen gegen die Willkürakte amerikanischer Truppen in China beschlossen.

Eintreffen der konservativen englischen Parlamentsmitglieder A. Eden, B. Bracken und A. B. Baxter in Newyork.

2. Januar

In der RSFSR, der Ukraine, in Bjelorußland, Georgien, Armenien und anderen Unionsrepubliken sowie autonomen Republiken beginnt die Aufstellung von Kandidaten zu Deputierten der Obersten Sowjets.

Abreise einer Delegation der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter Führung des Akademievizepräsidenten W. P. Wolgin nach Delhi zur Teilnahme an der Tagung des Kongresses der indischen Gelehrtenassoziation.

Veröffentlichung der letzten Volkszählungsergebnisse in Frankreich. Danach beträgt die Einwohnerzahl 41 517 923 Personen.

3. Januar

Eröffnung des 80. USA-Kongresses. Zum Kongreßvorsitzenden wird der Republikaner Martin gewählt.

5. Januar

Rücktritt Bernard Baruchs, des USA Vertreters im Ausschuss für Kontrolle der Atomenergie.

Eintreffen des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi in Washington.

6. Januar

In Moskau trifft Feldmarschall Montgomery, Chef des Generalstabes des Britischen Reiches, ein.

Veröffentlichung einer von 38 Professoren der Schanghai Universität und Colleges unterzeichneten Protesterklärung gegen die amerikanische Politik in China.

In Paris wird eine von der Weltföderation der Gewerkschaften einberufene Konferenz zur Erörterung von Problemen der Weltkohlenförderung eröffnet.

VERLAGS ANZEIGEN

Die hier angeführten Ausgaben sind in russischer Sprache erschienen, falls nicht anders vermerkt.

STAATSVIRLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerschelnungen:

RUSSISCHE KLASSISCHE LITERATUR

MAXIM GORKI — *Gesammelte Werke*. Bd. VI. 640 S., Rbl. 10,—

„Das Städtchen Okurow“, „Matwej Koshe-mjakin“.

A. I. KUPRIN — *Novellen und Erzählungen*. 244 S., Rbl. 4,—

„Olessja“, „Das Granatarmband“, „Sulamith“, „Gambrinus“, „Der Smaragd“, „Die Listrigenen“.

M. J. LERMONTOW — *Ausgewählte Werke*. 328 S., Rbl. 17,—

Gedichte und Poeme: „Der Bojar Orscha“, „Der Mzyri“ (Der Novize), „Der Dämon“, „Das Lied vom Zaren Iwan Wassiljewitsch, seinem jungen Leibwächter und dem kühnen Kaufmann Kalaschnikow“; das Drama „Der Maskenball“; Prosawerke: „Ein Held unserer Zeit“, „Fürstin Ligowskaja“, „Das Panorama von Moskau“.

I. S. TURGENJEW — *Ausgewählte Werke*. 576 S., Rbl. 22,—

Erzählungen „Aus dem Tagebuch eines Jägers“: „Chorj und Kalinytsch“, „Die Beshinwiese“, „Kassian aus Krassiwa Metsch“, „Der Dorfbürgermeister“, „Der Werwolf“, „Zwei Gutsbesitzer“, „Die Sänger“, „Die lebendige Reliquie“, „Wald und Heide“; Novellen und Erzählungen: „Mumu“, „Jakob Passynkow“, „Assja“, „Erste Liebe“, „Punin und Bahurin“; Romane: „Rudin“, „Das Adelsnest“, „Am Vorabend“, „Väter und Söhne“; Schauspiele: „Das Gnadenbrot“, „Ein Monat auf dem Lande“;

Gedichte in Prosa: „Das Dorf“, „Mascha“, „Der Sperling“, „Wie frisch und duftig waren doch die Rosen“ u. a.

A. P. TSCHETCHOW — *Ausgewählte Werke*. 470 S., Rbl. 17,—

Erzählungen und die Schauspiele „Die Möwe“, „Drei Schwestern“ und „Der Kirschgarten“.

SOWJETRUSSISCHE LITERATUR

W. KATAJEW — *Ein Sohn des Regiments*. 62 S., Rbl. 2,50

(Ausgabe der „Romanzeitung“).

W. OWETSCHKIN — *Mit Frontgruß*. Erzählung. 52 S., Rbl. 2,—

(Ausgabe der „Romanzeitung“).

K. SIMONOW — *Tage und Nächte*. 63 S., Rbl. 2,50

(Ausgabe der „Romanzeitung“).

Erzählung über die heldenhafte Verteidigung Stalingrads.

W. SCHISCHKOW — *Der Ugrjum-Fluß*. Roman. 582 S., Rbl. 18,—

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

ADAM MICKIEWICZ — *Auswahl* (Lyrik, Balladen, Poeme). 602 S., Rbl. 16,—

Die Werke Mickiewicz' werden in neuen Übersetzungen von den Sowjetdichtern P. Antokolski und N. Assejew sowie in Übersetzungen von Dichtern des 19. Jahrhunderts, Puschkin, Fet, Maikow u. a., gebracht.

STAATSVIRLAG FÜR KINDERLITERATUR DES MINISTERIUMS FÜR VOLKSBIIDUNG DER RSFSR

Neuerschelnungen:

LEO TOLSTOI — *Kleine Erzählungen*. 24 S., Rbl. 1,50

M. PRISCHWIN — *Großvaters Filztiefel*. 32 S., Rbl. —,80

W. KATAJEW — *Die Flagge*. 20 S., Rbl. —,80

A. GAIDAR — *Möge es leuchten*. 32 S., Rbl. 1,—

L. KASSIL — *Feuergefährliche Fracht*. 32 S., Rbl. 1,—

DSHAMBUL — *Wiegenlied*. 16 S., Rbl. 1,—

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT MIT BEGINN DES DRITTEN JAHRGANGS
(AB 1. JANUAR 1947) **ALLWOCHENTLICH**

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.